

»Welcome to Hell«

Der autoritäre Staat auf dem Weg in den faschistoiden Polizeistaat

Vom 3. bis 8. Juli 2017 konnten wir hautnah erleben, wie der autoritäre Staat sich auf dem Weg in den Polizeistaat befindet. Anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg veranstalteten die Herrschenden einen Aufmarsch mit dem gesamten Instrumentarium, das ihnen zur Aufrechterhaltung der herrschenden kapitalistischen Ordnung und zur Unterdrückung von Demonstrationen, Aktionen und Widerstand dient. Das G20-Treffen wurde genutzt, um Aufstandsbekämpfung zu üben.

Die Vertreter*innen der kapitalistischen Zentren und einiger Staaten der kapitalistischen Peripherie, die ihnen als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte dienen, berieten, wie sie weltweit die Profite des Kapitals trotz der permanenten Krisen sichern können. Die G20-Staaten und das mit ihnen interagierende Kapital kontrollieren mehr als 80 Prozent des Welt-handels. Sie stehen für die Brutalisierung und Enthemmung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, verantworten verschärfte Ausbeutungsverhältnisse ebenso wie ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer. Sie führen Kriege wie in Afghanistan oder im Jemen. Unter den angereisten Politiker*innen waren die derzeit meist Gehassten wie US-Präsident Donald Trump, der die rechte Stimmung anheizt und gegen Freiheitsrechte polemisiert, oder der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und der russische Präsident Putin.

In Hamburg trafen sich in den Tagen vor dem Gipfel und während des Gipfels Zehntausende Autonome, Anarchist*innen, antiautoritäre oder undogmatische Linke, Linksradikale, traditionelle Linke wie DKP, Trotzlist*innen, die Linkspartei, Gewerkschafter*innen, Gender-Gruppen, Globalisierungskritiker*innen, Linke aus u.a. ökologischen, sozialen oder in der sogenannten Entwicklungshilfe engagierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs, Non-Governmental Organizations), Student*innen, Schüler*innen, kirchliche Gruppen und nicht organisierte Menschen aus Deutschland und Europa – um mit Demonstrationen, Blockaden und vielfältigen kreativen Aktionen ihre Ablehnung der Politik der G20-Staaten und des kapitalistischen Wirtschaftsystems zum Ausdruck zu bringen. Wochen vor dem Gipfel wurde bei den Vorbereitungen der Gegenaktionen und in linken bis sozialdemokratisch-bürgerlichen Medien die inhaltliche Kritik an den herrschenden Verhältnissen dargestellt und diskutiert. Dem folgte als zentraler Teil des Widerstands dann der Widerstand gegen Staat und Kapital auf der Straße.

Alles, was der deutsche Polizeiapparat zu bieten hat, wurde in Hamburg in Stellung gebracht.¹ Die tatsächliche Dimension der eingesetzten Mittel wurde allerdings erst nach dem Gipfel offengelegt: Über 31.000 hochgerüstete Polizist*innen² mit Hunde- und Pferdestaffeln, Hubschrauber, Drohnen, 3000 Fahrzeuge, darunter gepanzerte Fahrzeuge und Räumpanzer.³ Mehrere Dutzend über 30 Tonnen schwere Wasserwerfer standen zur Verfügung. Deren Wasserstrahl kann Knochenbrüche oder Gehirnerschütterungen verursachen, wer im Gesicht getroffen wird, droht zu erblinden⁴ und auch tödliche Verletzungen sind möglich.⁵

Dazu gehörten Sondereinsatzkommandos (SEKs) der Länderpolizeien, die GSG 9 der Bundespolizei, Polizist*innen aus Polen und aus Österreich, darunter die Einsatzeinheit WEGA und das Einsatzkommando Cobra.⁶ Mindestens sind die SEKs von Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit Sturmgewehren ausgerüstet, Einheiten aus Hessen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Bayern auch mit Mehrzweckpistolen, mit denen Reizgas und potenziell tödliche Gummigeschosse verschossen werden.⁷ Die verantwortlichen Innenminister dieser Länder führen für die Aufrüstung die angebliche Bedrohung der Polizist*innen durch schwer bewaffnete Terrorist*innen an. Sind sie erst einmal angeschafft, dienen die Waffen zur Einschüchterung von Demonstrant*innen. Neben den SEKs wurden in Berlin auch die Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei mit 300 Sturmgewehren ausgerüstet.⁸

Der Hamburger Senat ließ eine Gefangenensammelstelle mit Hunderten von Plätzen in fensterlosen Kleinstzellen aufbauen und ein ehemaliges Gefängnis für die Untersuchungshaft herrichten, Haftrichter*innen wurden für einen 24 Stunden-Betrieb abgestellt.⁹ Direkt um den Tagungsort der Hamburger Messehallen wurden zwei Sicherheitszonen eingerichtet. Die Rote Zone direkt um den Tagungsort wurde mit SEKs und Scharfschützen bewacht. Eine zweite Zone, die sogenannte gelbe Zone, umfasste das gesamte Hamburger Messegelände sowie den Park Planten und Blumen. Sie umgab die rote Zone mit einer Ausdehnung von bis zu 600 Metern und verlief direkt am dicht bebauten Karolinenviertel entlang. Wer rein wollte, musste Kontrollstellen passieren. Das traf auch Bewohner*innen, deren Wohnungen in der gelben Zone lagen. Betonklötze, Nato-Stacheldraht-Barrieren, Panzerwagen und mit Sturmgewehren bewaffnete Polizist*innen sicherten diese Zone. Um die gelbe Zone herum waren Kitas geschlossen, Schüler*innen waren vom Schulunterricht befreit.¹⁰

Darüber hinaus erklärte die Polizei für den 7. und 8. Juli 2017 weit über die beiden Sicherheitszonen am Tagungsgelände hinaus einen sogenannten »Transportkorridor«, die dritte, blaue Zone, zur Demonstrationsverbotszone, in der Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit nicht mehr galten. Neben der gesamten Innenstadt war damit halb Hamburg bis zum nördlich liegenden Flughafen, insgesamt 38 km² Stadtgebiet, betroffen.^{11,12}

An den deutschen Grenzen wurde bereits Wochen vor dem Gipfel die im Schengenabkommen innerhalb der EU garantierte Reisefreiheit ausgesetzt, um Gipfelgegner*innen an der Einreise in die BRD zu hindern.¹³

Neben dem sichtbaren Großaufgebot der Polizei spielte sich der grundgesetzwidrige Einsatz der Bundeswehr eher im Hintergrund ab. Offiziell leistete die Bundeswehr »Amtshilfe«, aber die wäre nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2012 nur bei einer »Ausnahmesituation katastrophischen Ausmaßes« zulässig¹⁴ und davon kann niemand bei einem geplanten Gipfeltreffen reden. Soldat*innen sicherten während des Gipfels den gesperrten Luftraum und mit zwei Unterwasserdrohnen die Hafengebiete.¹⁵ Darüber hinaus ließ sich die Polizei von der Bundeswehr Köch*innen und Küchenhilfen, Ärzt*innen und Sanitäter*innen aus, um sich von ihnen versorgen zu lassen.¹⁶

Innensenator Andy Grote benannte den als Hardliner bekannten leitenden Polizeidirektor Hartmut Dudde zum Chefkoordinator des Polizeieinsatzes. Der ließ keinen Zweifel daran,

dass die Polizei gegen Aktionen eine »Null-Toleranz«-Strategie verfolgen würde. Konkret wurden Polizist*innen im 40-seitigen Rahmenbefehl angewiesen, Gegenaktivitäten und Protest bereits im Ansatz zu verhindern. Oberstes Ziel war ein störungsfreier Gipfel für die Regierungsvertreter*innen aus aller Welt, bürgerliche Grundrechte von Bewohner*innen und Gegendemonstrant*innen wurden außer Kraft gesetzt. Der Einsatz setzte auf die gewaltsame Durchsetzung dessen, was die Polizei als »zulässig« definierte, auf Repression und Eskalation.

Mit den Hamburger Messehallen als Tagungsgelände in unmittelbarer Nähe zum linksautonomen Zentrum der Roten Flora und den sich selbst als linksalternativ verstehenden Bewohner*innen des Schanzenviertels, provozierte die Polizei.

Das Erstickenwollen jeglicher Aktionen ist eine der Konsequenzen der Gegenaktionen bei der Welthandelskonferenz der World Trade Organisation (WTO) in Seattle 1999, die den Gipfelablauf zu Beginn blockierten und wegen derer die Eröffnungszeremonie wegen Sicherheitsbedenken abgesagt wurde. Der Gouverneur rief den Notstand im Bundesstaat Washington aus und die Demonstrant*innen lieferten sich mit Polizei, Staatspolizei und Nationalgarde über Stunden Straßenschlachten.¹⁷

Beim G8-Gipfel in Genua 2001 führte die konfrontative Strategie der Herrschenden zur Eskalation der Gewalt der Polizei gegen die über Hunderttausend Teilnehmer*innen der Gegenaktionen.¹⁸ Ein italienischer Polizist ermordete den Demonstranten Carlo Giuliani. Es kam zu Gewaltexzessen der italienischen Polizei gegen Demonstrant*innen und Journalist*innen, Hunderte wurden bei einem nächtlichen Überfall der Polizei auf die Diaz-Schule, in der Demonstrant*innen übernachteten, misshandelt und schwer verletzt. An die 360 Menschen wurden in die Gefangenessammelstelle in einer Kaserne in Bolzaneto verschleppt, wo italienische Polizist*innen über 220 von ihnen folterten und misshandelten.¹⁹ Erst 16 Jahre später, im Juni 2017, hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Überfall auf die Diaz-Schule als »Folter« bezeichnet und im Oktober 2017 sprach das Gericht 15 Folteropfern der Gefangenen der Bolzaneto-Kaserne Entschädigungszahlungen des italienischen Staates zu. Italien legte Einspruch ein.²⁰

Weit vor dem G20-Gipfel in Hamburg hetzten CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der Hamburger SPD-Innensenator Andy Grote und der Gesamtpolizeieinsatzleiter für G20 Hartmut Dudde gegen die geplanten Aktionen der G20-Gipfelgegner*innen und setzten die Propagandamaschinerie in Gang.²¹ Teilnehmer*innen an den geplanten Aktionen wurden als Gewalttäter*innen diffamiert. Der kreative Szeneslogan »Welcome to Hell« zur Bezeichnung der zu erwartenden Situation in Hamburg wurde zu einem Aufruf zum Gewaltakt tausender Demonstrationsteilnehmer*innen umgedeutet, die sogar Tote in Kauf nehmen.²² Der Hamburger Verfassungsschutz warnte davor, an Veranstaltungen von angeblich »gewaltorientierten Linksextremist*innen« teilzunehmen.²³ Der Staat hetzte, unterstützt von bürgerlichen Medien. Über die Propaganda und die Kriminalisierung der Protestaktionen²⁴ sollte erreicht werden, dass viele nicht nach Hamburg kommen und die Aktionen klein bleiben.

Mit ihrer Distanzierung von Teilen des Widerstandes biederten sich u.a. der DGB, Greenpeace, BUND, Mehr Demokratie Hamburg und Campact bei Staat und Polizei an und spalteten im Vorfeld den Widerstand. Sie distanzieren sich von den Bündnissen

und Gruppen, die Aktionen und eine Großdemonstration während des Gipfels planten. Bereits am 2. Juli 2017, eine Woche vor dem Gipfel, riefen die Gruppen unter dem Motto »Protestwelle G20 – Eine andere Politik ist nötig«²⁵ zu einer Demonstration und zu Aktionen auf. Es kamen bis zu 10.000 Menschen, deutlich weniger als von den Veranstalter*innen erwartet.²⁶

Zwei als Übernachtungs-, Versorgungs- und Veranstaltungsorte geplante Camps für Menschen, die über die Tage an den Aktionen gegen den G20-Gipfel teilnehmen wollten, wurden von der Hamburger Versammlungsbehörde kriminalisiert und verboten.²⁷ Ziel war auch hier, die Mobilisierung für die Aktionen zu schwächen. Ohne Camps und deren Infrastruktur wurde es insbesondere für Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und Europa mit wenig Geld schwer, über mehrere Tage an den Aktionen teilzunehmen.²⁸

Das Bundesverfassungsgericht kippte Ende Juni 2017 das generelle Verbot des geplanten Camps im Hamburger Stadtpark. Es wertete die Veranstaltung als Kundgebung, die vom Versammlungsrecht geschützt werde.²⁹ Das Hamburger Verwaltungsgericht genehmigte daraufhin ein Camp an einem anderen Ort, in Hamburg-Entenwerder, Kilometer von den Veranstaltungsorten des Gipfels entfernt.³⁰

Trotz der gerichtlichen Genehmigung wurden dann jedoch die Camper*innen von der Polizei attackiert, sobald Zelte zum Übernachten aufgebaut wurden. Die Polizei begann mit der Räumung sämtlicher Schlafzelte und verhinderte den Aufbau weiterer. Zelte wurden von Polizist*innen beschlagnahmt, die Menschen mit Pfeffersprayeinsätzen verletzt.³¹ Die ganze Maßnahme war illegal und missachtete offensichtlich die Entscheidung des Gerichts. Eine Beschwerde der Polizei gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts wurde erst am nächsten Morgen entgegen der vorhergehenden Genehmigung bestätigt, als die Polizeiattacke längst gelaufen war. Das Camp wurde von der Polizei akribisch überwacht, Taschen kontrolliert, pro Person durfte genau eine Kekspackung in das Camp mitgenommen werden. Polizist*innen patrouillierten durch das Camp.³² Noch bevor über eine erneute Beschwerde der Anmelde*innen des Camps beim Oberverwaltungsgericht entschieden war, wurde beschlossen, sich nicht länger von der Polizei schikanieren zu lassen und das Camp abzubauen.

Das OVG entschied dann teilweise zugunsten des Camps und erlaubte 300 kleine Schlafzelte im Camp Entenwerder.³³ Dennoch verzichteten die Veranstalter*innen auf einen erneuten Aufbau des Camps. Infolgedessen wurde auch für das Camp im Stadtpark Altona neben Veranstaltungszelten 300 Schlafzelte und Toiletten genehmigt. Dort trafen dann immer mehr Gipfelgegner*innen ein. Letztendlich duldeten die Polizei an die 1.000 Zelte und entsprechende Infrastruktur in dem Camp.³⁴

Tage vor dem G20-Gipfel gab es in Hamburg absurde Szenen. Überwiegend junge Menschen ohne Schlafplatz zogen durch die Stadt. Spontan auf Hamburger Grünflächen aufgestellte Zelte wurden von Polizeitrupps sofort geräumt, die Menschen vertrieben. Drei Kirchen stellten ihre Grundstücke und Infrastruktur zur Verfügung, private Übernachtungsplätze wurden angeboten. Auch das Schauspielhaus Hamburg bot Räume an, 200 bis 300 Menschen konnten dort übernachten.³⁵

Der Polizei war das Grundrecht auf Versammlungsrecht scheinbar egal, sie ermächtigte sich selbst, zu bestimmen, was sie als zulässig erachtete. Überall in der Stadt versuchte die Polizei jede Art von Versammlung aufzulösen. Am Rand des Schanzenviertels erfuhr jede Partystimmung auf der Straße durch Polizei, Wasserwerfer und Reizgas ein jähes Ende.

Trotzdem gelangen an vielen Orten der Stadt, auch in der blauen Verbotszone oder im Hafen Aktionen, die von der Polizei nicht verhindert werden konnten. Mit vielfältigen Aktionen wie dem »Cornern«, also an jeder Straßenecke mit mehreren anderen abzuhängen, zu quatschen oder auch nur herumsitzen und Musik zu hören, war es Gipfelgegner*innen gelungen, ein buntes Bild von Aktionen gegen den G20 in der Stadt sichtbar zu machen. Schon vor dem Gipfel wurde deutlich, dass die während des Gipfels ausgewiesene blaue Verbotszone von der Innenstadt bis zum Flughafen nicht durchgesetzt werden konnte.

Vor diesem Hintergrund erschienen in den Tagen vor dem Gipfel selbst einer bürgerlichen Öffentlichkeit die eingesetzten Maßnahmen gegen die Camps und gegen auf Straßen feiernde Menschen unverhältnismäßig. Die Dauerpräsenz der Polizei auf den Straßen noch bevor der Gipfel begann, nervte, die über Wochen aufgebaute Drohkulisse bröckelte und einzelne liberale bis sozialdemokratische Medien kippten und kritisierten Polizei und den Hamburger Senat. Nach den schlechten Bildern bei den Campräumungen erfolgte ein taktischer Rückzug der Polizei.

Die Nachttanzdemo unter dem Motto »Lieber tanz ich als G20« am Mittwochabend konnte laut und ausgelassen ihre Route laufen. Nach den Repressionen der Tage davor kamen bis zu 20.000 Menschen, weit mehr, als im Vorfeld erwartet worden waren.³⁶ Nach dem Ende der Demonstration nahe an der zweiten, gelben Sicherheitszone um das Hamburger Messengelände, dem G20-Tagungsort, waren kleinere Aktionen in unmittelbarer Nähe zu dieser Sicherheitszone möglich. Die Polizei hielt sich zurück.

Trotz der Kriminalisierung und der zu diesem Zeitpunkt schon erlebten Polizeiübergriffe im Vorfeld, kamen am nächsten Tag zur Auftaktkundgebung der Demonstration »Welcome to Hell« über 10.000 Menschen an den Hamburger Fischmarkt.³⁷ Nach dem Anmelden der Demonstration hatte die Versammlungsbehörde keinerlei Auflagen verfügt, weil sie wohl von vorneherein plante, die Demonstration nicht laufen zu lassen.

Die Platzierung von Wasserwerfern, Räumpanzern und Hundertschaften der Polizei auf der Demonstrationsroute ließ dann keinen Zweifel daran, dass die Demonstration verhindert und der schwarze Block gewaltsam aufgelöst werden sollte. Direkt nach dem Losgehen wurde die Demonstration durch die Polizei blockiert, weil Menschen im schwarzen Block verummmt waren. Nach Verhandlungen und Aufrufen der Demoleitung legten bis auf wenige alle die Verummung ab. Während die Demoleitung noch verhandelte, gab es den Befehl zum Sturm der Demonstration durch die Polizei ohne konkreten Anlass aus dem schwarzen Block heraus. Die Polizei stürmte mit Pfefferspray und Knüppeleinsatz die friedliche Demonstration und spaltete von weiter hinten den vorderen Teil der Demonstration, maßgeblich den schwarzen Block, vom nachfolgenden Teil ab. Sie prügelte auf alle ein, die schwarz aussahen.

Menschen flüchteten sich aus der Gasse zwischen den Häusern und dem meterhohen, gemauerten Flutschuttdamm. Sie wurden auch auf dem Damm von Polizist*innen verfolgt. Deshalb stürzten einige auf der anderen Seite vom Damm Meter in die Tiefe und erlitten teilweise schwere Verletzungen. An dieser Stelle, wo es kein Entweichen vor prügelnden Polizist*innen, Pfefferspray und Wasserwerfer gab, wurde selbst eine Massenpanik in Kauf genommen. Die gesamte Demonstration wurde anschließend mit Hilfe der im Vorfeld gegen die Demonstration positionierten Wasserwerfer auf den Fischmarkt zurückgedrängt und aufgelöst.

Die räumliche Situation ermöglichte auch für viele Journalist*innen eine gute Übersicht auf das Geschehen. Die offensichtliche Strategie der Polizei und der brutale Angriff machten deutlich, dass diejenigen, die im Vorfeld kriminalisiert wurden, nun offensichtlich die Opfer der Polizeigewalt waren. Direkt nach der Auflösung der Demonstration wurde in einzelnen bürgerlichen Medien die Polizei für die Eskalation in der Hafensstraße verantwortlich gemacht.

Bis zu 7.000 Menschen sammelten sich nach dem Angriff der Polizei zu einem neuen Demonstrationzug und konnten nach Stunden eine Demonstration in Richtung Schanzenviertel durchsetzen.³⁸ Bis in die Abendstunden hinein trieb die Polizei immer mehr Menschen in Richtung Schanzenviertel. Dazu kamen Gruppen Jugendlicher, die nicht Teil der organisierten Gipfel-Aktionen waren.

Über Stunden belagerten dann Hundertschaften von Polizist*innen mit Fahrzeugkolonnen und mehreren Wasserwerfern das Schanzenviertel, wo keine Tagung und kein reiches Klientel gestört wurde. Damit konnten andere Polizeikräfte auf den Schutz der Routen für die Konvois der Gipfelteilnehmer*innen und die Sicherung des Gipfels konzentriert werden, in gutbürgerlicheren Stadtteilen sank durch die Einkesselung des Schanzenviertels die Wahrscheinlichkeit von Aktionen der Gipfelgegner*innen.

In der Konfrontation mit der Übermacht des Staates kochte die Stimmung hoch, Straßenbarrikaden brannten. Es kam zu einzelnen Plünderungen von Geschäften, die zum Teil von Aktivist*innen verhindert wurden, wenn sie sich gegen die kleineren Geschäfte des Quartiers richteten. Auch wenn die Plünderungen und Feuer für sich vielleicht unpolitische Aktionen waren, die Erfahrungen des Kampfes gegen eine allgegenwärtige Staatsmacht, in einem Moment, wo sie von dem, was sie hat, viel anbietet, bleibt dennoch eine politische Erfahrung.

Und die Polizei sah zu, ging zunächst nicht in das linksalternative Schanzenviertel rein, um so zur Eskalation der Situation beizutragen. Es entstanden die Bilder zur Kriminalisierung der Aktionen, die Wochen vorher für die Rechtfertigung der Polizeistrategie und aller Vorbereitungsmaßnahmen bereits skizziert worden waren. Sie wurden im Schanzenviertel in den Nächten des 7. und 8. Juli 2017 erzeugt, um die Eskalation der Polizeigewalt gegen die »Welcome to Hell«-Demonstration nachträglich zu rechtfertigen und den aufgefahrenen Apparat gegen die einzusetzen, die im Vorfeld als Feindbild aufgebaut worden waren.

Ein erlogener tödlicher Hinterhalt für die Polizei durch angeblich auf Dächern deponierte Molotowcocktails und Gehwegplatten sollte rechtfertigen, dass die Polizei den Stadtteil nur belagerte und die Plünderungen nicht stoppte. Kaum waren die Gipfelteilnehmer*innen in

ihren Hotels, wurden Sondereinsatzkommandos (SEK) aus Sachsen und das österreichische Einsatzkommando Cobra im Schanzenviertel eingesetzt. Sie durchsuchten Häuser und stürmten auf die Dächer. In voller Ausrüstung, schwer bewaffnet mit scharf geladenen Sturmgewehren und der Freigabe zum Schießen, sprengten sie eine Tür auf, nutzten Blendgranaten und setzten illegal Gummigeschosse ein.^{39,40} Sie nahmen 13 Menschen fest, darunter vier russische Staatsbürger.⁴¹ Die Festgenommenen mussten jedoch alle wieder freigelassen werden,⁴² es konnten keine Beweise zu Molotowcocktails und Gehwegplatten vorgelegt werden. Statt des Molotowcocktails war ein Böller von einem der Dächer geworfen worden.⁴³

Mit der Erfindung eines tödlichen Hinterhalts sollte der Einsatz von Sondereinsatzkommandos gerechtfertigt werden. Der Einsatz der gegen Terroranschläge ausgerüsteten Sondereinsatzkommandos wiederholte sich in den beiden folgenden Nächten als Abschreckungsmaßnahme gegen eine Menge feiernder, protestierender, in Teilen alkoholierter Menschen am Rand des Schanzenviertels und führte zu grotesken Situationen. So richtete die Cobra-Einheit Sturmgewehre auf feiernde Menschen in Shorts.⁴⁴

An der Abschlussdemonstration der Aktionen gegen den G20-Gipfel am 8. Juli 2017 »Grenzenlose Solidarität statt G20« nahmen über 75.000 Menschen teil.⁴⁵ Die Polizeigewalt während der Gipfeltage schreckte nicht nur ab, sondern trug auch zur Mobilisierung bei. Solidarisch demonstrierten Menschen aus unterschiedlichen linken Spektren und Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) gegen den G20-Gipfel. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2017 »Das ungeweckte Potenzial der Menschen gegen die Faschisierung der Verhältnisse«.

Leider wurde nicht verhindert, dass wenige antizionistische Antisemit*innen der BDS-Kampagne (Boycott, Desinvestitionen, Sanktionen) in der Demonstration mitlaufen und die Buchstaben B, D, und S tragen konnten. Bereits in einem der Camps konnte der BDS eine Veranstaltung durchführen, auch wenn die floppte, weil außer Gegner*innen kaum jemand kam. Auf der Demonstration trug die Linksjugend solid Hamburg eine symbolische Krake, die auf Demonstrationen nichts zu suchen hat, weil sie eines der bekanntesten antisemitischen Symbole für »jüdische Weltverschwörung« ist.

Während der Demonstration scheiterte die Polizei bei ihrem Versuch, etwa 120 verummte Demonstrant*innen aus der Demonstration zu isolieren. Die Angegriffenen konnten aufgrund des solidarischen Verhaltens von Demonstrationsteilnehmer*innen unerkannt entkommen.⁴⁶ Darüber hinaus hielt sich die Polizei zumindest bis zum Abschlusskundgebungsplatz zurück. Der Provokation der Polizei, mit zwei Wasserwerfern in Richtung der Kundgebung aufzufahren und diese kurzzeitig einzusetzen, wurde auf Seiten der Demonstrationsteilnehmer*innen mit einer Sitzblockade, die ein Weiterfahren der Wasserwerfer verhinderte, ein Ende bereitet.⁴⁷

Mit einer freien Berichterstattung durch die Presse war es vor Ort schnell zu Ende. 32 Journalist*innen wurde ihre Akkreditierung entzogen, sie standen auf einer »schwarzen Liste« des Bundeskriminalamtes. Wie sich Wochen später herausstellte, waren falsche und widerrechtlich gespeicherte Einträge beim Bundeskriminalamt (BKA) Grundlage für diese Liste. Neun Journalist*innen klagten. Inzwischen hat das BKA zugegeben, dass es widerrechtlich

Daten gespeichert hat. Im Zusammenhang mit den Klagen kann öffentlich werden, in welchem Umfang das BKA widerrechtlich Daten sammelt, denn z. B. die Datei »Innere Sicherheit« umfasst derzeit fast 100.000 erfasste Personen und über 1,1 Millionen Datensätze.⁴⁸

Auf der Straße gehörte für die Polizei auch die Presse zu den Feinden. Journalist*innen wurden abfällig behandelt, eine freie Pressearbeit war unerwünscht und wurde auch gewaltsam behindert. Während der Auflösung der »Welcome to Hell«-Demonstration durch die Polizei wurde ein Fotograf der Zeitschrift Stern gezielt mit dem Strahl eines Wasserwerfers außer Gefecht gesetzt, obwohl er eindeutig als Presse zu erkennen war. Andere Journalist*innen wurden gestoßen, angebrüllt und beleidigt, Presseausweise interessierten Polizist*innen nicht. Während deutsche Politiker*innen immer wieder andere Staaten wegen der Einschränkung der Pressefreiheit kritisieren, darf die deutsche Polizei auf der Straße offensichtlich alles gegen eine freie Pressearbeit tun.

Die Polizei hat die Medienöffentlichkeit nicht nur im Vorfeld des G20-Gipfels z. B. über das Ausmaß der eingesetzten Mittel belogen. Auch während des Gipfels wurden die Medien mit Falschmeldungen versorgt. Die direkt nach dem Gipfel zur Dramatisierung der Auseinandersetzungen genannte Zahl von 476 »einsatzbedingt« verletzten Polizist*innen bezog sich nicht auf die Tage um den Gipfel vom 6. bis 9. Juli 2017, sondern auf den gesamten Einsatzzeitraum vom 22. Juni bis 10. Juli 2017. Über die Hälfte davon war schon im Vorfeld der tatsächlichen Gipfeltage verletzt worden bzw. verletzten sich selber. Dazu kamen dann während der Gipfeltage diejenigen, die wegen einer Dehydrierung nicht mehr konnten, beim Jagen von Demonstrant*innen über einen Zaun fielen oder vom Tränengas der Kolleg*innen verletzt wurden.⁴⁹ 130 Polizist*innen aus Hessen verletzten sich mit ihrem eignen Tränengas.⁵⁰ Wochen nach dem Gipfel wurde die Zahl nach oben korrigiert. Von den dann plötzlich 709 verletzt gemeldeten Polizist*innen waren 700 leicht verletzt, und auch die anderen neun waren längst in keiner stationären Behandlung mehr.⁵¹

Innerhalb von zwei Wochen nach dem Gipfel konnte aufgedeckt werden, welchen bewussten Falschmeldungen der Polizei diejenigen aufsaßen, die vor dem Gipfel den Widerstand spalteten. Der guten Arbeit des Hamburger Ermittlungsausschusses ist es zu verdanken, dass viele Meldungen der Polizei während des Gipfels als Lügen entlarvt wurden. Das Lügengerüst der Polizei, das zur Eskalation der Aktionen absichtsvoll aufgebaut wurde, bröckelte und der Satz von Oberbürgermeister Olaf Scholz (SPD) »Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise«⁵² wurde massenhaft widerlegt und die planvolle Eskalation der Polizei sichtbar gemacht.

Über 500 veröffentlichte Videos, Bilder und Berichte⁵³ dokumentierten, mit welcher Brutalität gegen friedliche Sitzblockaden, zusammenstehende Gruppen und einzelne Menschen, Demonstrant*innen wie Unbeteiligte, vorgegangen wurde. Sie zeigen den maßlosen Einsatz von potenziell auch tödlichem Pfefferspray^{54, 55} und Wasserwerfern, wie Sondereinsatzkommandos mit Schusswaffen auf Menschen zielten, die ausufernde Polizeigewalt, die Gewalt gegen Journalist*innen und die Behinderungen von Anwält*innen.

Ein Mediziner der Gruppe Riot Medics Berlin berichtete davon, dass in der zweiten Nacht, in der im Schanzenviertel geräumt wurde, ein Polizist einer Beweissicherungs- und Festnahme-

Einheit (BFE-Einheit) den Sanitäter*innen eine Patronenhülse aus einer Granatpistole übergab, mit der vermutlich Tränengas verschossen wurde. Die Gruppe verarztete gerade einen Demonstranten, der stark am Kopf blutete. Der Polizist soll folgendes gesagt haben: »Hier, das hat ihn getroffen. Sorgt dafür, dass die Leute erfahren, was hier abgeht«. Er gehörte wohl zu der Einheit, die den Schütz*innen hinterherlief, um die Hülsen der illegalen Munition und damit Beweismittel, wieder einzusammeln.⁵⁶

Mittlerweile ist von offizieller Seite bestätigt, dass zur Räumung des Schanzenviertels Granatpistolen, illegale Kriegswaffen, eingesetzt wurden.⁵⁷ Gegen den Einsatz dieser Waffen prüft die Linkspartei im Hamburger Senat eine Klage wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.⁵⁸

Über die bekannten Polizeieinsätze bei Demonstrationen hinaus trug der Einsatz der ausschließlich für einen schonungslosen Eingriff trainierten und auf Töten gedrillten Sondereinheiten der Polizei zur Enthemmung des Polizeieinsatzes insgesamt bei. Die im Schanzenviertel provozierenden Einsätze von Sondereinsatzkommandos mit zum Schießen freigegebenen Sturmgewehren und dem Zielen auf Menschen waren Machtdemonstrationen eines sich allmächtig gebenden Polizeiapparates. Einzelne Polizist*innen und Gruppen von ihnen übten offen sadistische Gewalt aus, geduldet von den Kolleg*innen. Im Dezember 2017 liefen 113 Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Polizist*innen⁵⁹ und über 100 interne Ermittlungen bei der Polizei, für die eine Sonderkommission in Hamburg eingesetzt wurde.⁶⁰

Mit dem Bekanntwerden des Rahmenbefehls für den Polizeieinsatz wurde klar, dass die Einsatzkräfte von vorne herein den Auftrag hatten, die Auseinandersetzungen zu eskalieren. Auch die massenhafte Überwachung von Handys der Demonstrant*innen durch den Verfassungsschutz flog auf.⁶¹

In Hamburg wurde über Tage in den Innenstadtbereichen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit von der Polizei mit Füßen getreten. Die Strategie des von SPD und Grünen regierten Hamburger Senats, jeglichen wahrnehmbaren Protest im Keim zu ersticken und jederzeit die Kontrolle über die Lage zu behalten, ist den Herrschenden nicht gelungen. Über Zehntausende Polizist*innen, Sondereinsatzkommandos, Hubschrauberflotte, Wasserwerfer und Räumpanzer hatten nicht ausgereicht, die blaue Verbotzone durchzusetzen und die Menschen so einzuschüchtern, dass die sich nicht mehr auf die Straße getraut hätten.

Übermächtige Szenen waren Wasserwerfer, die in Phalanx fuhren und Menschen vor sich hertrieben, prügelnde Polizeitrupps, die den Absturz der Fliehenden von meterhohen Mauern erzwangen und Sondereinsatzkommandos, die mit scharf geladenen Sturmgewehren auf Menschen zielten. Das war Polizeigewalt eines autoritären Staates, die auch Tote in Kauf nimmt.

Nach dem Gipfel distanzieren sich die Gruppen, die schon im Vorfeld die Spaltung des Widerstandes betrieben hatten, Campact zog eine »bittere Bilanz«,⁶² nicht wegen des eskalierenden Verhaltens der Polizei oder des Aufzugs des Polizeistaates, sondern obrigkeitshörig wegen der von Scholz, Dudde und Co. als »Gewalttäter*innen« diskriminierten Demonstrant*innen.

Im juristischen Nachspiel rächte sich der autoritäre Staat mit seiner Klassenjustiz an denen, die während der Aktionen verhaftet wurden. Am Ende der Aktionen gegen den G20-Gipfel saßen 51 Leute in Untersuchungshaft, weitere Fahndungen liefen. Bis November 2017 wurden über 25 Verfahren eröffnet und mehrere Urteile gesprochen. Den Angeklagten wurde u.a. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen.⁶³ Richter*innen des Oberlandesgerichts Hamburg waren freiwillig als Haftrichter*innen tätig und sprachen rechtswidrig bereits in den Hafturteilen Vorverurteilungen aus, die als Vorgabe für die weiteren Verfahren dienten.⁶⁴

Bei den Urteilen gegen die G20-Demonstrant*innen konnte das Ende Mai 2017, rechtzeitig zum Gipfel in Kraft getretene, verschärfte Sonderstrafrecht zum angeblichen Schutz für Polizist*innen und andere Amtsträger*innen angewendet werden. Im neuen §114 des Strafgesetzbuches (StGB) sind härtere Strafen speziell für Angriffe auf Polizist*innen, andere Amtsträger*innen oder Rettungskräfte vorgesehen. Jede Abwehrhaltung, jede Berührung eine*r Polizist*in kann schon als Angriff gewertet werden. Für sogenannte »tätliche Angriffe« auf Polizeibeamt*innen ist die Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis festgeschrieben. Gleiches Strafrecht für alle Bürger*innen, die Voraussetzung eines bürgerlichen Rechtsstaates, wurde abgeschafft. Das Strafrecht für Wirtschaftskriminalität war dagegen immer schon besonders sanft für die Täter*innen aus den Konzernen.

Die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft macht vor der Justiz keinen Halt, rechte Richter*innen und Staatsanwält*innen sitzen in allen Instanzen. Ihr Hass auf Linke und unangepasste Menschen spiegelt sich in den Urteilen gegen Gipfelgegner*innen, die nur als Rachejustiz verstanden werden können. Grundprinzipien rechtsstaatlicher Strafverfahren wie die Unschuldsvermutung galten nicht mehr, es wurde eine »Gruppenschuld« konstruiert und Strafen wurden zur Abschreckung verhängt. Für im Zusammenhang mit den G20-Aktionen geworfene Flaschen oder Böller, die niemanden verletzten, wurden unverhältnismäßig hohe Haftstrafen verhängt, auch ohne Bewährung.

In einem ersten Urteil wurde ein 21-jähriger aus den Niederlanden, der angeblich zwei Flaschen geworfen hatte, die einen Polizisten in voller Schutzausrüstung getroffen hatten und ihn nicht verletzten, zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Ihm wurde die »Embryonalhaltung«, eine Schutzhaltung, um bei einer Verhaftung von Polizist*innen nicht verletzt zu werden, als Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zur Last gelegt. Der Richter ging bei diesem ersten Urteil deutlich über das von der Staatsanwältin geforderte Strafmaß hinaus und setzte die Messlatte für die weiteren Verfahren hoch.⁶⁵

In einem weiteren Urteil konnte dem Angeklagten keine Tat nachgewiesen werden. Der 24-jährige Pole Stanislaw B. wurde auf der Straße eher zufällig kontrolliert. In seinem Rucksack wurde schwarze Kleidung, zwei in Polen, aber nicht in Deutschland zugelassene Böller und Pfefferspray sowie eine Taucherbrille gefunden. Ihm wurde unterstellt, dass er sich auf dem Weg zu einer Demonstration befand. Er saß sieben Wochen in Untersuchungshaft. Für das Herumtragen der genannten Dinge wurde er zu sechs Monaten Haft verurteilt, die für zwei Jahre auf Bewährung ausgesetzt ist. Verurteilt wurde eine ihm unterstellte

Gesinnung, auf der dann das Urteil gründete, das in seiner Höhe explizit auch zur Abschreckung anderer gedacht war.⁶⁶

Das galt auch für weitere Urteile, immer wieder wurde von den Richter*innen auch ein »generalpräventiver Aspekt« zur Begründung der Höhe des Urteils angeführt, das heißt, es fiel auch zur Abschreckung so hoch aus. Einem weiteren Angeklagten wurde zur Last gelegt, mit zwei Flaschenwürfen auf einen Polizisten auch für die Eskalation der Auseinandersetzungen der folgenden (!) Tage, bei denen er nicht dabei war, mitverantwortlich zu sein.⁶⁷

Anfang Dezember liefen im Zusammenhang mit G20 bereits 678 Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft, nur 372 Beschuldigte sind namentlich bekannt.⁶⁸ Allein 59 Ermittlungsverfahren, u.a. wegen schweren Landfriedensbruchs, liefen gegen die in der Straße Rondenbarg in einem Gewerbegebiet im Westen Hamburgs festgenommenen Menschen.⁶⁹

Am 5. Dezember 2017 durchsuchte die Polizei in acht Bundesländern über 20 private Wohnungen und zwei linke Zentren in Göttingen und Stuttgart.⁷⁰ Ziel ist es, die G20-Gegner*innen zu kriminalisieren und die linke Szene und deren bundesweite Organisationsstrukturen auszuspähen.

Angeblich führt die Sonderkommission »Schwarzer Block« bereits über 3.000 Ermittlungsverfahren.⁷¹ Die Größe dieser zentralen Sonderkommission mit 180 Polizist*innen aus Hamburg, fast allen Bundesländern und der Bundespolizei ist außergewöhnlich in der Geschichte der BRD.⁷² Unterstützt wird sie von Aufklärungseinheiten wie den Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten.⁷³ Der Feind steht links.

Das Gesinnungsstrafrecht oder die politische Justiz der Nazis ist im deutschen Strafrecht modernisiert wieder aufgenommen und gerade erweitert worden. Eingeführt wurde das Gesinnungsstrafrecht nach dem NS-Faschismus bereits wieder mit den Antiterrorgesetzen der 1970er Jahre, die auch die Meinungsfreiheit scharf beschneiden. Jetzt wird es auch gegen Demonstrant*innen eingesetzt, gleichzeitig werden Rechtsradikale oder Bürger*innen, die töten, im Verhältnis milder bestraft. Und ein funktionierendes, umfassendes hartes Strafrecht gegen Wirtschaftsverbrechen des Kapitals bzw. der Konzerne und ihrer Manager*innen gibt es nicht.

Nur zum Vergleich: Im August 2017 wurde ein Pegida-Teilnehmer, der einem Journalisten 2015 den Schädelknochen gebrochen hatte, zu knapp 5.000 EUR Geldstrafe verurteilt und zu keinem einzigen Tag Gefängnis.⁷⁴ Ein Raser, in dessen Auto zwei Menschen starben, nachdem er in der Stadt mit 150 Stundenkilometern gegen einen Baum gefahren war, wurde von einem Hamburger Gericht im Oktober 2017 zu zwei Jahren Haft verurteilt – auf Bewährung.⁷⁵

Das Verfahren gegen den 18-jährigen Italiener Fabio V. erlangte besondere Aufmerksamkeit – wegen der unglaublichen Besessenheit, die der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) unter dem Vorsitz des Richters Marc Tully und die Staatsanwaltschaft gegen den Jugendlichen an den Tag legten, um diesen als G-20-Gegner zu kriminalisieren.⁷⁶

Fabio V. wurde bei dem gesetzlosen Angriff der Polizei auf einen Demonstrationzug in der Straße Rondenbarg mit 72 weiteren Demonstrant*innen festgenommen, 14 erlitten schwere Verletzungen.⁷⁷ Bereits in der Begründung für die Untersuchungshaft sprachen die Richter*innen des 1. Strafsenats des Hamburger Oberlandesgerichts, unter ihnen der rechte Richter Marc Tully,⁷⁸ von »erheblichen Anlage- und Erziehungsmängeln«⁷⁹, unterstellten ihm eine »tiefsitzende Gewaltbereitschaft«. Er wurde vom Haftrichter vorverurteilt, eine Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs als »hochwahrscheinlich« und eine »empfindliche Freiheitsstrafe« prognostiziert.⁸⁰ Nur wegen der »Schwere der Schuld« oder »schädlicher Neigungen« – dieser Begriff stammt aus dem NS-Faschismus – kann im Jugendstrafrecht überhaupt eine Haftstrafe verhängt werden. Da Fabio V. keine Straftaten begangen hat und insofern auch keine Beweise vorlagen, war die Untersuchungshaft nie zulässig.

Fabio V. wurden keine »Taten« vorgeworfen, sondern es wurde eine Gruppenschuld konstruiert, die eine linke Gesinnung zur Voraussetzung hat. Er soll für eine ganze Gruppe büßen, allerdings konnte keiner der Zeug*innen, die bisher vor Gericht aussagten, Fabio direkt belasten – weil ihn niemand am Rondenbarg gesehen hatte. Alle Polizist*innen antworteten auf die Frage, ob sie ihn schon mal gesehen hätten, mit »Nein«. Trotzdem saß der 18-jährige fast fünf Monate in Untersuchungshaft. Gegen den Gerichtsbeschluss, ihn gegen Auflagen, u.a. 10.000 Euro Kautions, freizulassen, legte die Staatsanwaltschaft wegen »dringendem Tatverdacht und Fluchtgefahr« immer wieder Beschwerde ein, bis der 1. Strafsenat des Hamburger OLG in letzter Instanz die Beschwerde Ende November 2017 abwies.⁸¹ Mit dem Beschluss des OLG erst am Freitagnachmittag wurde Fabio noch ein Wochenende im Knast reingewürgt, da die Kautions deshalb erst am Montag klar gemacht werden konnte.

Der G20-Gipfel machte deutlich, wie weit der autoritäre Staat bereits ein Polizeistaat auf Abruf geworden ist. Trotz der Bilder prügelnder Polizist*innen und des sukzessiven Aufdeckens der Lügen und Falschaussagen vor, während und nach den Einsätzen, rechtfertigten nach Hamburgs SPD-Oberbürgermeister Olaf Scholz Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Bundeskanzlerin Angela Merkel, beide von der CDU, den Einsatz der Polizei.⁸²

Die Botschaft des Staates für alle: Für eine Aufstandsbekämpfung steht auch in Deutschland der militarisierte Apparat eines autoritären Staates zur Verfügung, der jederzeit eingesetzt werden kann.

Der Zusammenbruch des Lügenkonstrukts der Polizei zur Stigmatisierung der Teilnehmer*innen an den Aktionen gegen den G20-Gipfel erforderte es, nachzulegen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière beschimpfte unmittelbar nach dem Gipfelwochenende pauschal die Demonstrant*innen in Hamburg als »verachtenswerte, gewalttätige Extremist*innen«, er setzte sie mit »Neonazis und islamistischen Terrorist*innen« gleich. Er bezeichnete die »Krawalle« als »terroristische Taten« und sprach ihnen jede politische Motivation ab.⁸³ Sein Ziel war es, sie zu kriminalisieren, unter Terrorverdacht und damit außerhalb der Grundrechte zu stellen. Als Beweis seines Aktionismus gegen alles, was links ist, verbot er Ende August 2017 die Internetplattform linksunten.indymedia.org, um einmal mehr deutlich zu machen, dass Linke per se das Böse sind.⁸⁴

Parallel zu der in Hamburg präsentierten Aufrüstung nach Innen wurden von der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung unter dem Vorwand des Kampfes gegen Terrorismus seit Jahren zur Durchsetzung der Allmacht des Staates Freiheitsrechte und Grundrechte eingeschränkt. Die zarte zivilgesellschaftliche Säule der bürgerlichen Demokratie, die in den 1960er und 1970er Jahren erkämpft wurde, bröckelt. Sie bekam ihre Legitimation durch das Bundesverfassungsgericht in den 1980er Jahren mit dem berühmten, sogenannten Brokdorf-Urteil zur Einschränkung der Polizeiallmacht, mit der zur Anerkennung von Blockaden als Teil demokratischer Auseinandersetzung oder der Anerkennung der informationellen Selbstbestimmung als Teil der Grundrechte.

Diese widersprüchliche Entwicklung im Staatsrecht ist Ausdruck des Erfolgs der APO, der Außerparlamentarischen Opposition, in den 1960er Jahren als Kulturrevolte und gleichzeitig ihrer Niederlage des Versuchs einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung jenseits der kapitalistischen Verwertung.

Am 30. Mai 1968 wurden die seit 1958 diskutierten sogenannten Notstandsgesetze vom Bundestag unter der CDU/SPD-Regierung mit 2/3 Mehrheit verabschiedet. Sie setzen auf Beschluss des Bundestags oder der Bundesregierung die demokratische Grundordnung außer Kraft, im Katastrophen-, Spannungs- und im Verteidigungsfall sowie beim Inneren Notstand.

Das Parlament bzw. die Bundesregierung gibt die Macht an die Exekutive ab. Aus den negativen Erfahrungen der Anwendung der Notstandsverordnungen der Weimarer Republik gab es jahrelange Proteste der Gewerkschaften, der FDP und der SPD dagegen. Die großen Demonstrationen der APO, der Studierendenbewegung und des SDS hinderten die CDU und die SPD nicht an der Verabschiedung. U. a. wurden 28 Artikel des Grundgesetzes geändert, die Aufhebung von Menschen- und Grundrechten und der Einsatz der Bundeswehr in der BRD z. B. gegen einen Aufstand ermöglicht.

Um die Gegner*innen der Notstandsgesetze einzubinden, wurde für jede*n Deutsche*n das Widerstandsrecht eingeführt. Gegen jede*n, der die verfassungsmäßige Ordnung beseitigen will, darf Widerstand geleistet werden, wenn es keine anderen Möglichkeiten mehr gibt.

1973 erhielt das 1951 gegründete Bundeskriminalamt neue Zuständigkeiten, insbesondere im Zusammenhang mit Ermittlungen im Ausland wie international organisierter Rauschgiftkriminalität und bei terroristischen Anschlägen gegen Bundeseinrichtungen. Zur Verfolgung der Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) wurde 1975 eine Abteilung zur Bekämpfung des Terrorismus (TE) aufgebaut, das BKA ist seitdem auch für die Verfolgung von politischen Gegner*innen zuständig. Das BKA hatte bei seiner Gründung aus den Erfahrungen des NS-Faschismus keine Polizeibefugnisse und in seiner Führungsetage sammelten sich ehemalige Mitglieder der NSDAP und Angehörige der SS.

Seit 1976 gibt es eine kontinuierliche Praxis der Verschärfung aller möglichen sogenannten »Antiterrorgesetze« mit dem Ziel des deutschen Staates, eine immer größere Kontrolle über die Menschen zu erreichen, die in Deutschland leben oder sich hier aufhalten und alle, die sich gegen herrschende Verhältnisse, gegen einen mörderischen weltweiten Kapitalismus, gegen Staat und Kapitalinteressen wehren oder Widerstand organisieren.

Am 29. September 1977 verabschiedete die SPD/FDP-Regierung unter Helmut Schmidt das Kontaktsperregesetz. In nur acht Tagen wurde das Gesetz erarbeitet und vom Bundestag verabschiedet. Ziel war es, die im Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer verhängten illegalen Repressionen gegen die RAF-Gefangenen im Nachhinein zu legalisieren. Damals wurden sie komplett von der Außenwelt und voneinander isoliert. Auch mit den Verteidiger*innen durften die RAF-Gefangenen weder schriftlich noch mündlich kommunizieren. Es wurde eine Nachrichtensperre verhängt, die Medien bekamen einen Maulkorb verpasst. Die Unterbindung der Möglichkeiten einer selbstgewählten Verteidigung setzte ein grundsätzliches rechtsstaatliches Prinzip außer Kraft.⁸⁵

Unter der Leitung von BKA-Präsident Horst Herold wurde 1979 erstmals die Rasterfahndung angewendet, zur Verfolgung der Mitglieder der RAF aber auch der damaligen bundesweiten Anti-AKW-Bewegung. Bei der Rasterfahndung werden automatisiert alle möglichen Daten und Informationen verknüpft und abgeglichen, um eine Personengruppe mit gleichen Merkmalen herauszufiltern, um gesuchte Personen zu finden. Die Rasterfahndung setzt die Unschuldsvermutung, die grundlegend für eine rechtsstaatliche Justiz ist, außer Kraft. Die Nutzung und Verknüpfung von persönlichen Daten verletzt zudem das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. 1992 wurde sie als zulässiges Verfahren im § 98a Rasterfahndung in die Strafprozessordnung (StPO) aufgenommen.

1998 wurde die DNA-Analysedatei (DAD) eingeführt. Sie wird vom BKA auch für die Landespolizeien geführt. Gespeichert werden DNA-Daten von Straftäter*innen, Verdächtigen, Spuren von Tatorten, seit 2005 speichert das Bundeskriminalamt Datensätze von Verdächtigen oder sonst wie auffällig gewordenen Menschen, unabhängig von konkreten Ermittlungen.⁸⁶ Inzwischen sind die DNA-Datenbanken der Polizeien EU-Europas miteinander vernetzt, so dass alle Erkenntnisse mit den gespeicherten Daten abgeglichen werden können. Immer wieder deckten Datenschützer*innen auf, dass DNA-Daten, zu Unrecht erhoben, gespeichert oder nicht gelöscht werden. 2006 übernahm das BKA die Abwehr des internationalen Terrorismus für alle Fälle, in denen länderübergreifend Gefahr vorliegt, keine Zuständigkeit eines Bundeslandes erkennbar ist oder ein Bundesland Unterstützung anfordert.

Seit 2004 arbeiten offiziell Bundespolizei und Länderpolizeien mit den Geheimdiensten zusammen im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin. Für den Kampf gegen den Terrorismus führt das BKA neben seinen eigenen Datenbanken seit 2007 die Anti-Terror-Datei, eine gemeinsame Datenbank von den Inlands- und Auslandsgeheimdiensten, Polizeibehörden und den Staatsanwaltschaften. Gespeichert werden hier u.a. auch Telekommunikations- und Internetdaten, Bankverbindungen und Schließfächer, die Schul- und Berufsausbildung, Arbeitsstellen, der Familienstand, die Religionszugehörigkeit, besuchte Orte und auch Kontaktpersonen. Darüber hinaus können die Eintragenden Anmerkungen machen. Die Existenz der Datei missachtet das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst und war ein weiterer Schritt in den Überwachungsstaat.

Das politische Gesinnungsstrafrecht, das Außerachtlassen bzw. die Streichung der Unschuldsvermutung wurde nahezu gleichzeitig bereits 1976 mit den sogenannten Antiterror-Paragrafen § 129a »Bildung terroristischer Vereinigungen« im deutschen Strafgesetzbuch

(StGB) erstmals nach dem NS-Faschismus wieder eingeführt. Als Vereinigung wird schon gewertet, wenn mehr als zwei Personen auf längere Dauer für ein gemeinsames Interesse zusammenarbeiten.⁸⁷ Das Gesetz sollte angeblich der Verfolgung der Roten Armee Fraktion (RAF) dienen, tatsächlich dienen die Bestimmungen seither mehr und mehr der Verfolgung der gesellschaftlich Linken und sozialer Bewegungen.

Unter den Begriff der »Terroristischen Vereinigung« fallen im § 129a StGB auch die, die z. B. Computer sabotieren, Postdienstleistungen, die Stromversorgung, die Telekommunikation oder den Bahn-, Schiff- und Luftverkehr stören wollen und damit die »politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates [...] erheblich beeinträchtigen« wollen.⁸⁸ Sachbeschädigungen werden z. B. als Vorwand genommen, linke Organisationsversuche auszuforschen, einzuschüchtern und zu zerschlagen.⁸⁹ Verfolgt und bestraft werden können einzelne für Taten, die einer Gruppe zugeschrieben werden, auch wenn ihnen selbst eine konkrete Tat gar nicht nachgewiesen werden kann. Aber nicht nur die Mitglieder können bestraft werden, sondern auch Nichtmitglieder, wenn diese »befürwortend eintreten«, um Mitglieder werben oder sonst etwas tun, was für eine entsprechende Vereinigung nützlich ist.⁹⁰

Der Einzelne konnte schon lange davor für jede Meinungsäußerung, die den Herrschenden nicht passte, verfolgt werden. Den Straftatbestand der »Volkverhetzung«, der heute im § 130 StGB steht, gab es schon in der Kaiserzeit. Damals war die »Anreizung zum Klassenkampf« unter Strafe gestellt und er diente zur Verfolgung von Sozialist*innen und Kommunist*innen. In den 1950er Jahren wurde die KPD über das politische Strafrecht kriminalisiert.

Erst 1994 wurde der Bezug zum NS-Faschismus in das Gesetz aufgenommen. Mit der Neuformulierung 2016 wurde die Einschränkung des Grundrechts der Meinungsfreiheit noch umfassender formuliert. Über die Aufforderung zu Gewaltmaßnahmen hinaus, ist nun auch strafbar, wenn ein Einzelner jemanden als Teil einer spezifischen Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet. Damals wie heute können alle, die »den öffentlichen Frieden stören« verfolgt werden. Der Paragraph wurde immer wieder angepasst, um auch die Verbreitung durch die sozialen Medien oder sonstige digitale Verbreitungsmöglichkeiten zu erfassen.

Zur Sicherstellung weitestgehender Verfolgungsmöglichkeiten des Staates wurde der § 130a Strafgesetzbuch (StGB) »Anleitung zu einer Straftat« eingeführt, der am 1. Januar 1987 in Kraft getreten ist. Der Paragraph knüpfte an den § 130a gleichen Titels an, den es von 1976 bis 1981 schon gab, geht aber weit über die damalige Regelung hinaus. Es geht um die Kriminalisierung der Veröffentlichung von Texten. Demnach ist bereits die Veröffentlichung einer Schrift, die »nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken« eine Straftat.

Nicht das geschriebene Wort selbst ist maßgeblich, sondern das, was die Verfasser*in unter Berücksichtigung ihrer politischen Gesinnung gemeint haben könnte. Verfolgt werden vermeintliche Absichten und vermutete Auswirkungen eines Textes.⁹¹ Damit ist die jederzeit mögliche Abschaffung bzw. Einschränkung der Meinungsfreiheit des bürgerlichen Rechtsstaates legitim. Die Bestrafung der Gesinnung, der Meinung, wird sonst Diktatoren von der

Bundesregierung, Parlament und Medien vorgeworfen und auf die freiheitliche Verfassung der BRD hingewiesen.

Weitere Einschränkungen des Grundrechts auf Meinungsfreiheit im StGB sind z. B. die Straftatbestände Beleidigung (§ 185 StGB), üble Nachrede (§ 186 StGB) oder Verleumdung (§ 187 StGB) oder der Aufruf zur Straftat (§ 111 StGB). Auch die Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 140 StGB) ist strafbar. Alle Bestimmungen sind offen formuliert, so dass der Staat Gegner*innen der herrschenden Verhältnisse jederzeit kriminalisieren und mit Verfahren überziehen kann.

Die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 und die Anschläge des Islamischen Staats (IS) in EU-Europa werden vom deutschen Staat genutzt, um immer offener die demokratische Zivilgesellschaft und die Menschen- bzw. Grundrechte jederzeit außer Kraft setzen zu können.⁹²

Unter dem damaligen SPD-Innenminister Otto Schily wurde 2001 der § 129b StGB neu eingeführt, der die Regelungen des § 129a StGB auch auf »terroristische Vereinigungen« ausweitet, die nicht in Deutschland ansässig sind.⁹³ Das ist die Grundlage für die Verfolgung z. B. der Kurd*innen in Deutschland. Zudem wird die Arbeiterpartei Kurdistans (kurdisch: Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK) seit 2002 auf der sogenannten Terrorliste der EU geführt.

Außerdem erhielten 2002 Verfassungsschutz, Geheimdienste und Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischer Abschirmdienst (MAD) mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz mehr Möglichkeiten, Menschen über Datenabfragen z. B. bei Telekommunikationskonzernen, Banken oder Luftfahrtkonzernen auszuspähen. Für Rasterfahndungen darf die Polizei die Sozialdaten in großem Umfang von den Ämtern abfragen. Daten von Geflüchteten, die für den Verfassungsschutz interessant sein könnten, müssen seitdem von den Ämtern von sich aus weitergegeben werden. Migrant*innen, die eine Organisation, die sich für den nicht weiter definierten »internationalen Terrorismus« einsetzt, unterstützen, werden ausgewiesen.⁹⁴ Das damals auf fünf Jahre befristete Gesetz wurde seit der Einführung alle fünf Jahre verlängert, derzeit bis Januar 2021.

Nach den Anschlägen in New York beschloss der Bundestag 2005 das Luftsicherheitsgesetz, das der Bundeswehr erlauben sollte, ein entführtes Flugzeug abschießen zu dürfen, also das Leben der Passagiere zu opfern, um das Leben anderer Menschen ggf. zu schützen. Gegner*innen zogen vor das Bundesverfassungsgericht. Es stellte 2006 fest, dass das Gesetz grundgesetzwidrig gegen das Recht auf Leben, die Garantie der Menschenwürde verstieß und zudem eine Rechtsgrundlage für den Einsatz der Bundeswehr mit militärischen Waffen im Innern fehlt.

Letzteres relativierte das gleiche Gericht 2012. Der Abschuss eines Flugzeuges blieb zwar weiterhin verboten, aber der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wurde vom Bundesverfassungsgericht nun für den Fall der Abwehr von Terroranschlägen bzw. von Unglücksfällen in katastrophischem Ausmaß erlaubt. 2013 wurde klargestellt, dass die Entscheidung nur die deutsche Bundesregierung treffen kann und nicht die Bundesinnenminister*in.

2005 wurde unter SPD-Innenminister Otto Schily der Bundesgrenzschutz zur Bundespolizei umbenannt. Die von CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière 2010 angestrebte Zusammenlegung des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei scheiterte damals am Widerstand des BKA-Präsidenten und der Innenminister der Länder.

Die 2008 eingeführte Vorratsdatenspeicherung, die Speicherung jeglicher Telefon-, E-Mail- und Internetdaten für einen Zeitraum von sechs Monaten durch Polizei und Justiz wurde 2009 vom Bundesgerichtshof als Verstoß gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und damit als verfassungswidrig eingestuft. Auch der Europäische Gerichtshof hatte 2014 festgestellt, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung rechtswidrig ist und eine allgemeine, verdachtsunabhängige Speicherung von Telekommunikationsdaten nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist.⁹⁵ Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière wollte die Vorratsdatenspeicherung trotzdem schon damals wieder installieren.⁹⁶ 2015 beschloss der Bundestag erneut die Vorratsdatenspeicherung, nachdem die SPD ihren Widerstand dagegen aufgegeben hatte. Seitdem müssen die Telekommunikationskonzerne Telefon- und Internetverbindungsdaten 10 Wochen lang und die Standortdaten von Handys vier Wochen lang speichern.⁹⁷

Die Änderung des BKA-Gesetzes 2008 mit dem »Gesetz zur Terrorismusbekämpfung durch das Bundeskriminalamt (BKA)« der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung räumte dem BKA umfangreiche Befugnisse ein, Menschen heimlich zu überwachen und auszuspionieren – alles unter dem Deckmantel der »Abwehr des internationalen Terrorismus«. In 14 Paragraphen wurde u.a. geregelt, dass das Bundeskriminalamt Computer online durchsuchen darf, Wohnungen mit Kameras und Mikrofonen verwanzeln kann oder unbeteiligte Kontaktpersonen bespitzeln darf. Die ermittelten Daten dürfen an in- und ausländische Geheimdienste weitergegeben werden. Im April 2016 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das Gesetz in weiten Teilen verfassungswidrig ist. Die heimliche Überwachung ginge zu weit und schränke die Grundrechte der Bürger*innen ein. Allerdings verlangte das Gericht nur eine Reihe von Nachbesserungen bis Mitte 2018, so dass das BKA mit dem Ausspähen und Überwachen erst einmal weitermachen konnte.⁹⁸

Um bereits die Vorbereitung einer Gewalttat verfolgen zu können, wurde 2009 der §89a StGB »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat« eingeführt. Seitdem können Menschen für Taten verurteilt werden, die sie noch gar nicht begangen haben. 2015 wurde bereits der Versuch, aus Deutschland auszureisen, um in sogenannte »Terrorcamps« zu reisen, strafbar. Erstmals hatte im August 2017 der Bundesgerichtshof geurteilt, dass eine Verurteilung wegen einer versuchten Ausreise rechens ist, die Ausreise sei »faktisch der Versuch der Vorbereitung zur Vorbereitung« einer staatsgefährdenden Gewalttat.⁹⁹ Allerdings kann mit der im Gesetz stehenden Umschreibung auch jedes Camp ein »Terrorcamp« sein, in dem sich Menschen treffen, die Widerstand gegen herrschende Kapitalinteressen leisten wollen und sich dafür »Fertigkeiten aneignen«.

Mit Aufdeckung geheimer Dokumente der NSA durch US-Whistleblower wie William Binney, Thomas Drake, J. Kirk Wiebe, Bradley Manning¹⁰⁰ oder Edward Snowden wurde 2014 sichtbar, in welchem Umfang von den Geheimdiensten ein weltweites Überwachungssystem für den Datenaustausch installiert wurde, mit dem Ziel, tatsächlich jede und jeden und möglichst in Echtzeit überwachen zu können.¹⁰¹ Der Bundesnachrichtendienst (BND) spähte Jahre die

Türkei aus¹⁰² und der deutsche Verfassungsschutz speicherte über Jahre unrechtmäßig Daten deutscher Bürger*innen.¹⁰³ Inzwischen wurden dafür die Gesetze angepasst, so dass seit 2016 der Auslandsgeheimdienst BND unbeschränkt und ganz legal auf die technische Infrastruktur, also z. B. das Telekom-Netz zugreifen und nahezu 100 Prozent der Internetkommunikation überwachen kann.¹⁰⁴ So überwacht er auch die Kommunikation der deutschen Bevölkerung, was er nicht darf.

Seit der Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes im Juni 2016 ist es dem deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz erlaubt, mit Geheimdiensten anderer Länder gemeinsame Datenbanken anzulegen. Datenbanken mit ausländischen Geheimdiensten kann es für den Kampf gegen Terrorismus geben, aber auch zu Vergehen wie Volksverhetzung, Totschlag oder Brandstiftung wären diese zulässig. Eine tatsächliche Kontrolle, wofür die Daten genutzt werden, gibt es nicht.¹⁰⁵ Seit Januar 2016 arbeiten im europäischen Anti-Terror-Zentrum in Den Haag, vergleichbar dem deutschen Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), die 30 europäischen Geheimdienste auf europäischer Ebene zusammen. EUROPOL und das Zentrum für Informationsgewinnung und -analyse (IntCen) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), sozusagen der Geheimdienst der EU, sind auch beteiligt, obwohl die EU keinerlei Befugnisse für die Zusammenarbeit mit den nationalen Geheimdiensten hat.¹⁰⁶ Das in Deutschland geltende Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten galt auf EU-Ebene nie.

Im Februar 2017 beschloss das Europaparlament in Straßburg ein verschärftes »Antiterrorgesetz«, das Teile der weitreichenden Festlegungen in den Paragraphen §129a und §129b des deutschen Strafgesetzbuches in europäisches Gesetz überführt. Überall in EU-Europa soll die Finanzierung von als terroristisch eingestuften Vereinigungen oder Reisen in sogenannte »Terrorcamps« verfolgt und bestraft werden. In allen EU-Staaten soll zukünftig Terror auch sein, wenn die politische Motivation ist, »erhebliche wirtschaftliche Verluste« anzurichten.¹⁰⁷

Heute steht jede*r unter Generalverdacht. Ohne jede Beschuldigung werden Unmengen an Daten über jede*n Einzelne*n gesammelt, mensch wird belauscht und gefilmt. Und es geht weiter und weiter mit dem Abbau der bürgerlichen Demokratie durch den Bundestag und der dort vertretenen Parteien von CDU/CSU/SPD/GRÜNEN/FDP/AfD.

Auf Vorschlag von CDU-Innenminister Thomas de Maizière und SPD-Justizminister Heiko Maas verabschiedete der Bundestag im April 2017 neue Änderungen des Bundeskriminalamt-Gesetzes (BKA-Gesetzes). Offiziell wurden die vom Bundesverfassungsgericht im April 2016 geforderten Änderungen in den verfassungswidrigen Regelungen des BKA-Gesetzes von 2008 umgesetzt.¹⁰⁸ Der Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 diente ihnen als Anlass, die Befugnisse des BKA für diejenigen, die in das Visier des BKA geraten sind, auszuweiten und sie auf Grundlage von Verdächtigungen mit Repressionen zu überziehen.

Ohne jeden Straftatbestand kann nun bei durch den Staat angenommenen Gefährder*innen durch eine*n Richter*in das Tragen einer Fußfessel angeordnet werden, die die Freiheit beschränkt bzw. die Privatsphäre beseitigt.^{109,110} Die Unterstellung einer Straftat reicht also aus, um bestraft zu werden.

Mit der Änderung des BKA-Gesetzes wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, beim BKA eine bundesländerübergreifende, zentrale Datenbank zu schaffen in die alle Polizeibehörden Daten einstellen sollen, die dann von allen genutzt werden können. Und der Umfang der Datensammelwut nimmt stetig zu. Zur Umsetzung wurde das IT-Modernisierungsprojekt »Polizei 2020« gestartet.

Auf der Länderebene ging Bayern noch weiter. Dort ist es jetzt möglich, Menschen ohne Anklage unbegrenzt wegzusperrern, denen der Staat unterstellt, sie könnten in Zukunft eine Straftat begehen. Der sogenannte Unterbindungsgewahrsam, der bisher auf 14 Tage beschränkt war, wurde auf bis zu drei Monaten ausgeweitet, mit der unbegrenzt wiederholbaren, das heißt lebenslänglichen Verlängerungsoption durch ein*e Haftrichter*in.¹¹¹ Menschen im Knast verschwinden lassen ist ebenso wie die Militarisierung der Polizei Ausdruck eines autoritären Staates auf dem Weg in den Polizeistaat mit faschistoiden Elementen.

Gleichzeitig versucht das Kapital mit der Digitalisierung der Lebenswelt die umfassende Steuerung der Freiheit des Menschen durch Algorithmen zum Wohle seines Profits zu vervollkommen.

Seit Juni 2017 ist es den deutschen Geheimdiensten erlaubt, persönliche Computer und Smartphones über Spähsoftware, sogenannte Trojaner, zu hacken und auszuspähen. Der jederzeitige staatliche Einbruch in die Privatsphäre, der Einsatz von Staatstrojanern wurde von SPD-Justizminister Heiko Maas im »Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens« versteckt und vom Bundestag beschlossen. Alles, was bisher in der Telefonüberwachung möglich war, wurde auf sämtliche digitalen »Endgeräte« ausgeweitet. Das funktioniert nur über die Nutzung von Spähsoftware. Das Gesetz widerspricht den 2008 durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) aufgestellten Beschränkungen für das private Ausspähen der Kernbereiche privater Lebensgestaltung und des Grundrechts »auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme«.¹¹² Staatliches Hacken wird mit diesem Gesetz zum Alltag.¹¹³

In Baden-Württemberg wurde auf Vorschlag der grün/schwarzen Landesregierung unter dem grünen Ministerpräsident Winfried Kretschmann von der CDU/Grünen-Mehrheit im Stuttgarter Landtag im November 2017 ein repressives, antidemokratisches Polizeigesetz für das Bundesland verabschiedet, das wesentliche Verschärfungen des BKA-Gesetzes aufgreift. Verfassungsschutz und Landespolizei dürfen wie die Bundespolizei nun Telefongespräche mithören und können mittels Trojaner digitale Endgeräte ausspähen. Die Überwachung durch die elektronische Fußfessel ist jetzt zulässig. Darüber hinaus werden Spezialeinheiten mit Sprengstoff ausgerüstet, der dann u.a. zur Verhinderung eines Verbrechens gegen Menschen eingesetzt werden darf.¹¹⁴

Die Überwachung des öffentlichen Raumes wird weiter ausgebaut, immer mehr Konzerne, Läden und Institutionen sichern ihre Gebäude illegal bis in den öffentlichen Raum hinein durch eine komplette Videoüberwachung. Straßenbahnen, U-Bahn, Busse sind längst mit Kameras ausgestattet.¹¹⁵ Am Berliner Bahnhof Südkreuz wurde am 1. August 2017 ein Pilotprojekt mit einer automatisierten Gesichtserkennung gestartet, ohne jede rechtliche

Grundlage.¹¹⁶ Antreiber ist CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière. 300 freiwillige Testteilnehmer*innen ließen sich fotografieren, Kameras und Software sollen sie in der Masse derer, die den Bahnhof nutzen, erkennen. Über eine Erkennung des Gesichts hinaus soll zukünftig intelligente Software Verhaltensmuster erkennen oder sogar Emotionen. Menschen werden nicht nur gefilmt, sondern analysiert. Bei einem weiteren Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates kann die Technologie als Teilelement einer Totalüberwachung eingesetzt werden.¹¹⁷

Vergleichsfotos für die Zuordnung gibt es für nahezu alle deutschen Staatsbürger*innen schon digital und biometrisch. Der Zugriff auf alle digitalisierten biometrischen Passfotos der Bundesbürger*innen wurde 2017 über die Polizei hinaus auf alle Verfassungsschutzbehörden der Länder, den Bundesverfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und die Steuer- und Zollfahnder*innen ausgeweitet.¹¹⁸ Damit gibt es eine nationale Bilddatenbank, die Nutzung der Bilder wird von niemandem kontrolliert.

Wir nähern uns einer modernisierten Gestapo. Die Trennung von Polizei und Geheimdienst als Konsequenz aus dem NS-Faschismus wird weiter durchlöchert.

Diese Erweiterung der Zugriffsrechte auf alle biometrischen Passfotos war Teil des »Gesetzes zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises (eID)«, das im März 2017 den Bundestag und Bundesrat passierte und seit 15. Juli 2017 in Kraft ist.¹¹⁹ Seitdem werden die elektronischen Funktionen des Personalausweises bei der Ausgabe standardmäßig freigeschaltet, Daten des Personalausweises können damit über ein RFID-Lesegerät direkt ausgelesen und digital übermittelt werden. Es ist nicht mehr möglich, der Freischaltung zu widersprechen oder diese abschalten zu lassen. Seit September 2017 darf die eID-Funktion europaweit und grenzüberschreitend genutzt werden.¹²⁰

2005 wurden biometrische Daten in den deutschen Reisepässen eingeführt. Inzwischen sind Bilder und auch Fingerabdrücke im Pass digital gespeichert. Das ist Grundlage dafür, dass zukünftig Reisepässe bei der Ein- und Ausreise in den bzw. aus dem EU-Schengenraum systematisch erfasst und zukünftig entsprechend einer dahingehend geänderten EU-Richtlinie, mit einer zentralen Datenbank abgeglichen werden können.¹²¹

Im Mai 2018 tritt die EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Bis dahin müssen die EU-Staaten ihre Gesetze anpassen bzw. Regelungsspielräume der Grundverordnung ausgestalten. Im Zuge der Anpassung der deutschen Datenschutzgesetze beschloss der Bundestag im April 2017 ein neues Bundesdatenschutzgesetz, das jedoch zur Schwächung des Datenschutzes genutzt wurde und die Vorgaben der EU-Verordnung nicht erreicht.¹²² So wurden insbesondere die Kontrollmöglichkeiten durch die Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) eingeschränkt. Berufe, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, wie Ärzte oder private Kranken- und Lebensversicherungen, werden von der neutralen Prüfung zum Umgang mit personenbezogenen Daten ausgenommen. Zudem wurde die Aufsicht für den Bundesnachrichtendienst (BND) massiv eingeschränkt.¹²³ Statt wie in der EU-Verordnung gefordert, Bürger*innen zur Wahrung ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung rechtzeitig vor unbemerkter Videoüberwachung zu schützen, wurde im Gegenteil den »Sicherheitsbelangen« privater Immobilienbesitzer*innen oder Konzern-

interessen, Gebäude bis in den öffentlichen Raum hinein zu überwachen, der Vorrang gegeben.¹²⁴

Die Diskussion über sogenannte Hassbeiträge in den sozialen Netzwerken wurden vom Staat benutzt, um in das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einzugreifen. Seit 1. Oktober 2017 werden Betreiber*innen von Internet-Plattformen über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gezwungen, angeblich strafbare Beiträge innerhalb bestimmter Fristen zu löschen. Der Staat schaffte ein Strafrecht, damit Konzerne wie Facebook die strafrechtliche Relevanz von Inhalten feststellen und unterwirft das Grundrecht auf Meinungsfreiheit deren Interessen.^{125,126} Betroffene müssen, wenn sie sich gegen die Zensur wehren wollen, die Konzerne verklagen.^{127,128}

Ziel des Staates ist es, durch Repression und Überwachung, ein Drohpotenzial aufzubauen, um Widerspruch zu unterdrücken, soziale Revolten im Ansatz zu zerschlagen und eine Gegenwehr gegen Ausbeutung, Armut und Naturzerstörung im Ansatz zu verhindern. Den autoritären Staat haben wir bereits, der Übergang in den Polizeistaat ist jederzeit und auch zeitweise möglich. Der Nährboden für die Faschisierung staatlichen Handelns ist geschaffen, der gesellschaftliche Rechtsruck ist Teil davon. Der bürgerliche Rechtsstaat wird in großen Teilen zum bürgerlichen Willkürstaat, der die Interessen der reaktionären bis sozialdemokratischen Seilschaften im Staat durchsetzt.

Die Weltwirtschaftskrise, die 2007 begann, ist noch immer nicht abgeschlossen. Es ist jederzeit möglich, dass die Auswirkungen der Krise auch in Zentren wieder stärker spürbar werden. Im kapitalistischen Zentrum EU-Europa konnten die Folgen bisher an die Peripherie wie Griechenland, Spanien und Portugal bzw. in die Peripherie des weltweiten Kapitalismus noch weitgehend abgewälzt werden.

Die soziale Spaltung erreicht immer neue Dimensionen, inzwischen besitzt das reichste Prozent der Menschen weltweit über 50 Prozent des Vermögens, auf Deutschland bezogen besitzt dieses eine Prozent 31,5 Prozent.¹²⁹ Je länger die Krise dauert, desto weniger glauben die Menschen auch hier an eine bessere Zukunft. Der Abbau der sozialen Sicherungssysteme und die Einführung des Niedriglohnssektors wurden mit der Agenda 2010 bereits von der SPD-Grünen-Regierung unter SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder und Grünen-Außenminister Joschka Fischer um die Jahrtausendwende durchgesetzt.

Wer versucht, seine mickrige Hartz IV-Unterstützung mit Betteln aufzustocken, muss mit Kürzungen vom Jobcenter rechnen. Die Jobcenter sehen Betteln als Beruf und die Spenden sind damit Einkünfte.¹³⁰ Seit 2003 hat sich der Anteil derer, die mehr als einen Job haben, auf 3,2 Millionen Menschen verdoppelt.¹³¹ Zu Beginn des Jahres wurde der gesetzliche Mindestlohn um lächerliche 34 Cent pro Stunde erhöht. U.a. Alleinerziehende und Teilzeitjobber*innen werden systematisch in die Altersarmut fallen.

Die Wohnungsmieten steigen, billige Wohnungen gibt es in den größeren Städten kaum noch. Mieter*innen müssen ihre Nachbarschaften verlassen oder werden zwangsgeräumt. In einigen Städten wie in Berlin verband sich der Protest gegen die Gentrifizierung und für selbstbestimmte Freiräume in der Stadt mit der Solidarität mit Geflüchteten und dem Protest

u.a. gegen Rassismus. Am 30. April 2017 demonstrierten unter dem Motto »Organize! Selbstorganisiert gegen Rassismus und Ausgrenzung«¹³² etwa 4.500 Teilnehmer*innen durch Berlin-Wedding.¹³³

Schlagkräftige Gewerkschaften wie die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL), die in den letzten Jahren erfolgreiche Streiks durchgezogen haben, wurden ausgebremst. Das 2015 beschlossene Tarifeinheitsgesetz schränkte den Einfluss von kleinen Gewerkschaften zugunsten der mitgliederstärksten Gewerkschaft in einem Betrieb ein.¹³⁴ Das betraf auch Gewerkschaften wie die anarchosyndikalistische Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU). Das Bundesverfassungsgericht hatte im Juli 2017 mehrheitlich Verfassungsbeschwerden einiger kleiner Gewerkschaften zum Tarifeinheitsgesetz weitgehend abgewiesen. Das Gericht forderte zwar von der Bundesregierung bis Ende 2018 Nachbesserungen zum Schutz der Interessen der kleineren Gewerkschaften und der von ihnen vertretenen Beschäftigten, aber das Gericht bestätigte den Grundsatz, dass im Streitfall der Mehrheits-tarifvertrag über dem von einer kleineren Gewerkschaft abgeschlossenen Tarifvertrag steht.¹³⁵ Sollte die generelle Bevorzugung der großen Gewerkschaften bleiben, wird es nur eine Frage der Zeit sein, bis die kleineren Gewerkschaften ausbluten und die derzeit mehr als zahnlosen DGB-Gewerkschaften sich noch mehr als Handlanger*innen für die Kapitalinteressen instrumentalisieren lassen.

Der seit Jahren fortschreitende Rechtsruck in Deutschland wendet sich in der kapitalistischen, auf Konkurrenz angelegten Gesellschaft notwendig gegen Schwächere, gegen Abgehängte, gegen die, die nicht als Leistungsträger im Kapitalismus zu gebrauchen sind oder sich dagegen wehren. Geflüchtete sind die Sündenböcke für die eigenen Abstiegsängste und für die Krise wird die sogenannte Finanzoligarchie verantwortlich gemacht, mit der ein antisemitisches Stereotyp bedient wird. Wie seit dem 19. Jahrhundert steckt in der feindlichen Abgrenzung von den angeblich raffenden Jüd*innen die rechtsextreme Vergemeinschaftung zum »guten schaffenden deutschen Volk«. ¹³⁶ Judenhass ist tief verwurzelt mitten in der deutschen Gesellschaft.

2016 wurden in Deutschland 1300 antisemitische Straftaten angezeigt.¹³⁷ In immer mehr Schulen werden jüdische Kinder gemobbt.¹³⁸ Zu den Täter*innen gehören auch Migrant*innen, Christi*innen und Muslim*innen. Willkommener Anlass von Rechtspopulist*innen und Nazis, Geflüchtete nun auch noch für den grassierenden Antisemitismus verantwortlich zu machen. Der alltägliche Antisemitismus in der Mitte der deutschen Gesellschaft wächst. Antisemitismus muss in allen Teilen der Gesellschaft bekämpft werden.

Unter dem Titel »Unsere antinationale, antiautoritäre, emanzipatorische Position zu Israel – Kann der Kampf gegen Antisemitismus ohne antikapitalistische Orientierung erfolgreich sein?« veröffentlichte die Ökologische Linke im Kampf gegen Antisemitismus im April 2017 auf der Grundlage des Thesenpapiers der Bundeskonferenz 2016 ein ausführliches Positionspapier zu den Ursprüngen und der Entwicklung des Antisemitismus, zum unlösbaren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Antisemitismus, zum antizionistischen Antisemitismus in den Zielen der BDS-Kampagne und zum Unterschied von Kritik am Staat Israel und dem Ziel, diesen zu vernichten, sowie dem Versuch, eine Perspektive in diesem Konflikt zu skizzieren. Es ist auf der Webseite der Ökologischen Linken eingestellt.¹³⁹

BDS ist die Abkürzung für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (englisch Boycott, Divestment, Sanctions). Diese internationale Kampagne, deren Finanzierung im Verborgenen bleibt, ist eine antizionistisch-antisemitische Kampagne pro-palästinensischer Organisationen und ihrer internationalen Bündnispartner*innen mit dem Ziel, Israel zu dämonisieren, zu delegitimieren und schließlich zu zerstören. Es geht ihnen nicht um eine Kritik oder den Kampf um eine Änderung der Politik der Regierung in Israel. Viele Zitate von BDS-Führer*innen und BDS-Propagandist*innen belegen, dass ihr Ziel die Vernichtung des Staates Israel ist.¹⁴⁰

In Frankfurt/Main machte ÖkoLinX-ARL den verschleierte antizionistischen Antisemitismus des Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel (KoPI) und der »KoPI-Konferenz zu 50 Jahre israelische Besatzung« am 9. und 10. Juni 2017 öffentlich. Bei näherer Betrachtung der politischen Betätigung bzw. Herkunft der Referent*innen der KoPI-Konferenz wird deutlich, dass diese eine verdeckte BDS-Veranstaltung war. Jutta Ditfurth nahm an der Diskussionsveranstaltung zur Kritik der KoPI-Konferenz am 7. Juni 2017 unter dem Titel »Boykott Israel: Kritik oder Antisemitismus?« in Frankfurt/Main teil. Angriffe auf Jutta Ditfurth und ÖkoLinX-ARL kamen auch von Vertreter*innen der DKP Frankfurt, die teilweise inzwischen aus der DKP ausgetreten sind. Veranstaltungen zur Aufklärung über die BDS-Kampagne gab es auch in anderen Städten.

An immer mehr Universitäten und Hochschulen wie an der Goethe-Universität Frankfurt, der Universität Hamburg, der Georg-August-Universität Göttingen, der Ruhr-Universität Bochum, der Universität Leipzig oder der Universität Wien verurteilten Studierende die BDS-Kampagne und forderten u.a. die Hochschulverwaltungen auf, keine Räume für den BDS zur Verfügung zu stellen.

Am 10. Februar 2018 laden die BDS-Freunde unter dem Namen »Projekt Kritische Aufklärung« zu einer Konferenz mit dem Titel »Zur Zeit der Verleumder« nach Berlin ein, um Kritik und Widerstand gegen den BDS in Deutschland, besonders an den Universitäten, zu brechen. Der antizionistische Antisemitismus der BDS-Israel-Totalboykott-Kampagne sollte überall bekämpft werden.

Ein anderes Sammelbecken antisemitischer Hetzer*innen etabliert sich um rechte, antisemitische oder verschwörungstheoretische Mahnwachenwichtel. Um nach jeweils gescheiterten Versuchen über Montagsmahnwachen oder der Friedenswinterinitiative eine neue massentaugliche Querfrontbewegung aufzubauen, trafen sich 2017 die zentralen Israelfeinde wie Ken Jebsen mit der traditionellen Friedensbewegung und nationalen Linken bei den Aktionen gegen die US-Airbase in Ramstein vom 3. bis 10. September 2017. Pedram Shahyar, ehemals Attac, jetzt Mitarbeiter von Ken Jebsen, trat mit Reiner Braun, Initiator der Ramstein-Kampagne und Schnittstelle zur traditionellen Friedensbewegung und Diether Dehm auf, der mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine zur nationallinken Querfront-Strömung in der Linkspartei gehört. Auf der Abschlusskundgebung sprach dann auch noch Oskar Lafontaine.¹⁴¹ Das Medienportal Jebsens »KenFM« ist ins Querfrontnetzwerk eingebunden.

In Leipzig fand am 25. November 2017 die völkisch-rassistische und antisemitische Compact-Konferenz statt. Das Magazin Compact ist mediales Sprachrohr von Pegida über

die AfD bis hin zu den Identitären.¹⁴² Neben dem antisemitischen Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer waren u.a. von der völkischen AfD Thüringens AfD-Chef Björn Höcke und Martin Reichhardt, MdB aus Sachsen-Anhalt, der Anführer der Identitären Bewegung in Österreich, Martin Sellner aus Wien, Lutz Bachmann, Sprecher von Pegida Dresden und der rechte Betriebsrat Oliver Hilburg zu hören.

Das Leipziger Bündnis »NoCompact« mobilisierte unter dem Motto »Compact-Konferenz – stören, erschweren, verhindern!« zu Gegenaktionen. Auf einer Veranstaltung im Vorfeld der Aktionen am 23. November 2017 in Leipzig rief Jutta Ditfurth die über 300 Zuhörer*innen auf, sich aktiv Antisemitismus und der Faschisierung der Gesellschaft entgegenzustellen. An den Gegenaktionen nahmen dann bis zu 350 Menschen teil, viel zu wenig für Leipzig!¹⁴³

Bei Kritik und Aktionen gegen rassistische und antisemitische Autor*innen und Nazis auf der Frankfurter Buchmesse wurden Menschen von Nazis angegriffen und verletzt. Von der Leitung der Frankfurter Buchmesse waren völkische und Nazi-Verlage wie Antaios von Götz Kubitschek geduldet worden.¹⁴⁴ Jutta Ditfurth schrieb dazu auf Facebook: »Wer Nazis einlädt, hat Nazis auf der Messe – und, oh Wunder, die verhalten sich dann wie Nazis.« Und weiter: »Dialogversuche und Einladungen an Nazis illustrieren die Gleichgültigkeit, wenn nicht die Verachtung, die man ihren Opfern in Vergangenheit und Gegenwart entgegenbringt.«¹⁴⁵

2017 wurde der NSU-Prozess nahezu abgeschlossen. Die Bundesanwaltschaft forderte lebenslange Haft für Beate Zschäpe und für die weiteren Angeklagten hohe Strafen.¹⁴⁶ Auch im Schlussplädoyer beharrte die Bundesanwaltschaft darauf, der NSU sei eine isolierte Dreierbande gewesen. Die tatsächlichen Verwicklungen der Geheimdienste und der politischen Polizei wurden weder ernsthaft untersucht noch Ungereimtheiten aufgeklärt. In seinem Plädoyer warf der Opferanwalt Mehmet Daimagüler den Geheimdiensten und der Polizei institutionellen Rassismus vor.¹⁴⁷ Das Bündnis gegen Naziterror und Rassismus mobilisiert zur Urteilsverkündung nach München für eine Demonstration unter dem Motto »Kein Schlussstrich! – NSU-Komplex aufklären und auflösen! Verfassungsschutz auflösen – V-Leute abschaffen! Dem aktuellen rassistischen Terror gegen Flüchtlinge und MigrantInnen entgegenreten! Rassismus in Behörden und Gesellschaft bekämpfen!«.¹⁴⁸

2016 wurden knapp 1.000 Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete verübt. Überfälle, Sprengstoffanschläge und Brandstiftungen gibt es noch immer, bis September 2017 wurden bereits mindestens 211 Anschläge gezählt, das heißt noch immer gibt es nahezu jeden Tag einen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Deutschland.¹⁴⁹

Über 12 Jahre wurde der Mord an dem Asylbewerber Oury Jalloh, der 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannte, von den Strafverfolgungsbehörden geleugnet. Neue, über Spenden finanzierte Gutachten belegten 2017, dass für den Mord eigentlich nur Polizist*innen in Frage kommen. Der ermittelnde Oberstaatsanwalt in Dessau-Roßlau, Folker Bittmann, stufte daraufhin in einem Vermerk vom 4. April 2017 die Ermordung Jallohs als »am wahrscheinlichsten« ein. Er stellte darüber hinaus Bezüge zu zwei früheren, ungeklärten Todesfällen, einer davon im Polizeigewahrsam, in Dessau her.

Der Generalstaatsanwalt von Sachsen-Anhalt entzog daraufhin das Verfahren der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und übertrug es der Staatsanwaltschaft Halle, die das Verfahren erneut einstellte. Erst nachdem nun Akteneinsicht gewährt wurde und der Vermerk von Bittmann öffentlich wurde, löste der Justizskandal entsprechende Proteste aus. CDU-Landesjustizministerin Anne-Marie Keding wies im November 2017 die Generalstaatsanwaltschaft in Naumburg an, Ermittlungen im Fall Oury Jalloh zu übernehmen.¹⁵⁰ Mitglieder der Initiative »In Gedenken an Oury Jalloh« und die Familie Oury Jalloh stellten im Dezember 2017 Strafanzeige wegen Mordes gegen einen Polizeibeamten.¹⁵¹

Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2017 »Das ungeweckte Potenzial der Menschen gegen die Faschisierung der Verhältnisse« diente der Aufklärung der dramatischen und schubartigen Rechtsentwicklung in EU-Europa und Deutschland und der Kritik der Bundestagsparteien. Das Flugblatt wurde zu den Aktionen gegen den Bundesparteitag der Alternative für Deutschland (AfD) in Köln am 22. April 2017 fertiggestellt und erstmals dort verteilt. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten es bei den relevanten politischen Aktionen und Demonstrationen während des gesamten Jahres, wie bei den Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Berlin und Nürnberg, der Demonstration gegen den Bundesparteitag der AfD am 2. Dezember 2017 in Hannover und massenhaft bei den Aktionen gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Wir wollen so unsere Positionen in die bundesweiten, linken Debatten und in die linke und linksliberale Öffentlichkeit einbringen.

Zu einer Demonstration gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft und des Staates mobilisierte die Antifa United Frankfurt am 25. Februar 2017 spektrenübergreifend mehr als 1.000 Antifaschist*innen.¹⁵² In Anbetracht der Hetze im Vorfeld und der Spaltungsversuche ein großer Erfolg. Der BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken unterbrach seine Sitzung, nahm an der Demonstration teil. Wir verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2016 »Wie und warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird«.

In Leipzig wehren sich Student*innen der Universität gegen die rassistischen Tweets von Jura-Professor Thomas Rauscher, der von einem »weißen Europa« träumt.¹⁵³

CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière definierte im April 2017 in zehn Punkten, wie »deutsche Staatsbürger*innen« richtig in Deutschland zu leben hätten. Er überschrieb seine Aufzählung der angeblich deutschen Leitkultur mit Händeschütteln und anderen Nichtigkeiten mit »Wir sind nicht Burka«. An Überheblichkeit war das kaum zu überbieten. In der rassistischen Abgrenzung war implizit die Abwertung des Fremden enthalten. Im Weiteren wurde die Leistungsgesellschaft beschworen und damit unausgesprochen die herrschende soziale Ungleichheit als Konsequenz hingenommen. Die NATO wurde zur Schutzinstanz für den Westen und »unsere Freiheit« erklärt und damit Russland wieder zum Feind gestempelt. Nationalistische, geschichtsvergessene Selbstbezogenheit auf Deutschland ist als Patriotismus wieder erlaubt und erwünscht.¹⁵⁴ De Maizière redete offensichtlich den patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) nach dem Mund, die in Dresden noch immer Montag für Montag ihre Hetzreden im öffentlichen Raum halten können.¹⁵⁵

Die Rechtsentwicklung erfuhr durch den Bundestagswahlkampf 2017 einen neuen Schub, getrieben von der rassistischen Hetze der Alternative für Deutschland (AfD) mit Alice Weidel und Alexander Gauland an der Spitze und der bayerischen CSU.

Im Ergebnis der Bundestagswahl 2017 zog mit der AfD erstmals seit Gründung der Bundesrepublik eine nationalistische, offen rassistische, rechtsradikale Partei in den Bundestag ein und wurde mit über 12,6 Prozent drittstärkste Partei. Die Partei kann damit durch Mitarbeiter*innen und Millionen Euro ihre Struktur stabilisieren und zudem den Bundestag für ihre Hetze nutzen, mit dem Ziel Politik und Gesellschaft noch weiter nach rechts zu verschieben.

In Ostdeutschland wurde die AfD mit 21,6 Prozent zweitstärkste Kraft nach der CDU und hängte die Linkspartei ab. Der Versuch Sahra Wagenknechts, die Nazis rechts einzuholen, ging nach hinten los. Die Linkspartei verlor 400.000 Stimmen an die AfD.¹⁵⁶

In Bayern erreichte die AfD 12,4 Prozent, in mehr als jedem dritten bayerischen Wahlkreis überholte die AfD die SPD.¹⁵⁷ In Sachsen erreichte die AfD 27,0 Prozent und wurde stärkste Partei vor der CDU. In Dresden lag sie mit 23,2 Prozent nur knapp hinter der CDU und deutlich vor der Linkspartei.¹⁵⁸ Die bayerische CSU wie die sächsische CDU werden weiter versuchen, dem extrem rechten Rand Wähler*innen zu entreißen. Durch Übernahme von Rechtsaußen-Positionen schaffen sie damit noch mehr Raum für Rassismus, Nationalismus und Hass gegen »die Anderen«.

Diesen Raum für Nazi-Positionen gibt es in Dresden bereits. Im Januar 2017 konnte Björn Höcke bei einer Veranstaltung der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) unter Ausschluss der öffentlich-rechtlichen Medien seine braune Rede halten.¹⁵⁹ Pediga übernahm den Wahlkampf für die AfD. Nur wenige waren Woche für Woche gegen den braunen Dreck auf der Straße. Es gibt in Dresden kaum eine Zivilgesellschaft, die sich den Rechtsradikalen und anderen antisemitischen Rassist*innen wirksam entgegenstellt.

Am 3. Jahrestag von Pediga im Oktober 2017 schafften es in Dresden verschiedene Bündnisse und Gruppen zu Gegenaktionen zu mobilisieren und in einer gemeinsamen Abschlusskundgebung mit mehr als 3.000 Menschen, mehr als bei der Pegida-Kundgebung, ein seltenes Zeichen gegen die Rassist*innen in nächster Nähe zu deren Aufmarschplatz zu setzen.¹⁶⁰ Bunter, militanter Widerstand gegen den rechten Kulturkampf muss aber kontinuierlich und auch im Alltag präsent sein und ist nicht nur an Jahrestagen angesagt.

Während es sogar der Dresdner FDP-Oberbürgermeister bei den Gegenaktionen zu Pediga auf die Bühne geschafft hatte, um gegen Rassismus und für eine weltoffene Stadt zu reden, blieb die sächsische Landes-CDU abwesend. Kein Wunder. Der Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, Michael Kretschmer, kündigte schon an, die CDU müsse zukünftig als »Original der AfD« auftreten.¹⁶¹ Die CDU Sachsen und die AfD/Pegida gehen also beim Rassismus weiter Hand in Hand.

Gegen die rechtsextreme Rechte Kameradschaft Dresden, die 2015 und 2016 Sprengsätze an einem Flüchtlingsheim zündeten, Politiker*innen angriffen und seit 2015 in rassistischen Ausschreitungen in Dresden und Heidenau oder in Leipzig bei den Aktionen gegen Linke

beteiligt waren, wurde 2017 der Prozess geführt und zwei Mitglieder vom Dresdner Landgericht zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Weitere Verfahren laufen noch.¹⁶²

Die Linkspartei folgt der Schulz-SPD und den Grünen auf dem Weg nach Rechts und alle folgen der Rechtsverschiebung der Gesellschaft, vor allem dem zunehmend rechten öffentlichen Diskurs unter Einschluss der AfD. Sahra Wagenknecht, Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, gehört wie Oskar Lafontaine und Diether Dehm zu denen in der Linkspartei, die mit Querfrontpositionen Wähler*innen zurückgewinnen wollen. Nach dem Einzug der AfD in den Bundestag forderte sie, die AfD nicht pauschal zu verurteilen und kündigte an, in der kommenden Legislaturperiode die »guten Nazis« auch in Ausschüsse zu wählen.¹⁶³ Wie Oskar Lafontaine forderte sie offensiv eine Obergrenze für die Anzahl von Flüchtlingen.¹⁶⁴ Eine inhumane Politik, die sich den zerstörerischen ökonomischen Folgen des exportorientierten deutschen Kapitals, z. B. in Afrika, nicht stellen will. Als Spitzenkandidatin ist sie inzwischen das Gesicht der Linkspartei, so dass ihr auch Gegenwind, z. B. von den Parteivorsitzenden Katja Kipping oder Bernd Riexinger, nichts anhaben kann.

Überall, wo die Linkspartei mitregiert, stützt sie den menschenverachtenden Kurs gegen Geflüchtete. Die Landtagsfraktion in Brandenburg schiebt Flüchtlinge nach Afghanistan ab. Bodo Ramelow, Ministerpräsident in Thüringen, begründete Abschiebungen mit Sachzwängen. Auch der rot-rot-grüne Senat in Berlin schiebt weiterhin ab.¹⁶⁵

Nachdem sich die SPD noch am Wahlabend nach der vernichtenden Wahlniederlage in die Opposition zurückgezogen hatte, wurde über Wochen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen um ein sogenanntes Jamaika-Bündnis gerungen. Bei den Sondierungsgesprächen war Angela Merkel so ziemlich alles Rechte recht, der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hatte in der FDP Mitstreiter*innen in Sachen Flüchtlingsabwehr und Steuersenkungen für die Reichen. Und die Grünen traten plötzlich für ein weiter so, für den Marsch in die Klimakatastrophe ein, akzeptierten die verfassungswidrige Begrenzung für die Aufnahme von Geflüchteten, ließen eine Vermögenssteuer für die Reichen fallen und kapitulierten bei sozialstaatlichen und arbeitsrechtlichen Sicherungen.¹⁶⁶ Sie strichen die Fristen für den Ausstieg aus der Kohle und den Motor mit fossilen Brennstoffen. Trotzdem ließ der FDP-Vorsitzende Lindner das Jamaika-Bündnis platzen, da es ihm nicht weit genug nach rechts ging. Auch er wollte das AfD-Original in Teilfragen beerben. Jetzt muss also doch die SPD für die Fortsetzung einer großen Koalition herhalten.

Der Rechtsruck ist mit wenigen Ausnahmen weltweit zu beobachten. In EU-Europa etablierten sich faschistische Präsidenten und Regierungen wie in Ungarn mit Ministerpräsident Victor Orbán oder in Polen die nationalistische, rechtspopulistische Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unter ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński.

In Dänemark ist die seit November 2016 regierende Minderheitsregierung von Lars Løkke Rasmussen aus seiner Mitte-Rechts-Partei Venstre – Danmarks Liberale Parti (Linke – Liberale Partei Dänemarks), der Konservativen Volkspartei (Konservative Folkeparti (K)) und der rechtsnationalen Liberalen Allianz (LA) immer wieder auf die Stimmen der rechtsaußen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) oder den Sozialdemokrat*innen angewiesen.¹⁶⁷ Die Regierung setzt auf Grenzkontrollen, mehr Polizei und die Kürzung von Sozial-

leistungen für Geflüchtete. Vor den Kommunalwahlen Ende November 2017 schickte sie Soldat*innen in Kampfuniform an die deutsch-dänische Grenzen, um die Polizei zu unterstützen bei den zur Abwehr von Geflüchteten wiedereingeführten Grenzkontrollen. Im Schengen-Raum der EU sind diese eigentlich verboten.¹⁶⁸ Trotzdem konnte bei den Kommunalwahlen das sozialdemokratische Lager Stimmen gewinnen. Die rassistische Dansk Folkeparti verlor erstmals seit ihrer Gründung 1995 Stimmen.¹⁶⁹

In Schweden regiert eine rot-grüne Minderheitsregierung und ist auf Unterstützung von den konservativen Parteien angewiesen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl zählt Schweden zu den Ländern, die am meisten Geflüchtete aufgenommen haben.¹⁷⁰ Die antisemitischen und rassistischen Schwedendemokraten,¹⁷¹ bei der letzten Parlamentswahl hinter den Sozialdemokraten zweitstärkste Fraktion, liegen inzwischen bei bis zu 23 Prozent. Sie werden derzeit nicht als koalitionsfähig angesehen.¹⁷² Ob das noch lange anhält, wird die nächste Parlamentswahl 2018 zeigen. Die Rechtsradikalen der Nordischen Widerstandsbewegung (NMR) treten immer offensiver auf, verüben Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und patrouillieren in den Straßen.¹⁷³ Am 30. September 2017 blockierten 10.000 Menschen einen Aufmarsch der Neonazis in Göteborg.¹⁷⁴

Im Vorfeld der Parlamentswahl in den Niederlanden am 15. März 2017 kämpfte Rechtsaußen Geert Wilders mit rassistischen und islamfeindlichen Positionen seiner Ein-Mann-Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid, PVV) und die immer weiter nach rechts driftende Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD) von Ministerpräsident Mark Rutte um den Platz der stärksten Fraktion. Wilders kam nur auf Rang zwei, knapp gefolgt von den Christdemokraten. Mark Rutte regiert nun seit Oktober 2017 mit einer Vier-Parteien-Koalition mit den Christdemokraten (CDA), den Democraten 66 (D66) und der calvinistischen Christenunie mit nur einer Stimme Mehrheit, ohne die Wilders-Rechte. Geert Wilders bekommt mit der Partei Forum voor Democratie und ihrem Vorsitzenden Thierry Baudet Konkurrenz von Rechts. Die erst 2016 gegründete Partei liegt bereits bei über sechs Prozent.¹⁷⁵

In Griechenland sitzen die Neonazis der Goldenen Morgenröte seit der letzten Wahl als drittstärkste Kraft mit 18 Sitzen im Parlament. Mitglieder der Regierung von Syriza und der rechten Anel bestreiten gemeinsame Auftritte mit den Nazis, das staatliche Fernsehen sendet ungefilterte Beiträge. Die Polizei macht mit ihnen gemeinsame Sache. Beim Prozess gegen führende Parteimitglieder und gegen den Mörder des Rappers Pavlos Fyssas in Athen war die Einsatzpolizei mit Schlagstöcken gegen protestierende Antifaschist*innen vorgegangen, die von den Nazis beschimpft wurden. In einzelnen Kommunen gibt es gegen die Nazis Widerstand in den Verwaltungen, von Kommunalpolitiker*innen und lokalen Antifaschist*innen.¹⁷⁶

In Italien sammelt sich um die bisher vor allem in Norditalien verankerte nationalregionalistische und rassistische Lega Nord mit ihrem Vorsitzenden Matteo Salvini das rechte Lager einschließlich der rechtskonservativen Forza Italia vom ehemaligen Premierminister Silvio Berlusconi und der Nazi-Partei »Fratelli d'Italia« (Brüder Italiens), der ehemaligen Alleanza Nazionale. Auf europäischer Ebene ist die Lega Nord mit der österreichischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) verbündet. Parlamentswahlen in Italien sind im Frühjahr 2018.

Umfragen sehen die Lega Nord derzeit mit rund 15 Prozent als drittstärkste politische Kraft.¹⁷⁷

Nach den Parlamentswahlen in Österreich kommt jetzt mit der FPÖ eine Partei ans Regieren, die stark in den faschistoiden Burschenschaften verankert ist¹⁷⁸ und den durch die Arbeiter*innenbewegung erkämpften 8-Stunden-Tag streichen und durch einen 12-Stunden-Tag und eine 60-Stunden-Woche ersetzen will.¹⁷⁹ Der Spitzenkandidat der national-konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) Sebastian Kurz hatte schon im Wahlkampf eine Koalition mit der rechtsradikalen FPÖ unter der Führung von Hans-Christian Strache angekündigt und wird nun weiter den harten nationalistischen Kurs gegen Geflüchtete durchziehen. Hans-Christian Strache war vor seiner Karriere in der FPÖ ein Neo-Nazi.¹⁸⁰

In Tschechien verstärkte sich die Stimmung gegen Roma und Geflüchtete. Selbst der Staatspräsident verunglimpfte öffentlich Roma.¹⁸¹ Seit der Parlamentswahl im Oktober 2017 ist der Milliardär Andrej Babis auf der Suche nach Koalitionspartnern im 9-Parteien-Parlament. Seine Partei »Aktion unzufriedener Bürger« (ANO) erhielt rund 30 Prozent und wurde stärkste Fraktion. Es könnte auf eine Minderheitsregierung unter der Duldung der rechtsradikalen »Freiheit und direkte Demokratie« (SPD) hinauslaufen. Der Vorsitzende der SPD, Tomio Okamura, wird dann Gegenleistungen fordern. Im Programm der SPD stehen neben dem Verbot des Islams in Tschechien und der Beschneidung von Sozialleistungen für Roma auch die Schließung der Grenzen für Flüchtlinge. Das passt im Prinzip zur Abschottungs- und Antimigrationspolitik, die auch die »Aktion unzufriedener Bürger« will.¹⁸²

In Frankreich wird unter dem neu gewählten Präsidenten Emmanuel Macron und seiner neu gegründeten Partei La République en Marche! (Die Republik in Bewegung!, LREM) der anti-soziale und rechte Umbau in Frankreich vorangetrieben. Mit der absoluten Mehrheit der LREM, die programmatisch auf dieses Ziel zugeschnitten ist, kann Macron durchregieren. Der Anfang ist mit der Vereinfachung von Kündigungen und der Schwächung der Gewerkschaften¹⁸³ gemacht. Die Zerschlagung des Sozialstaats in Frankreich wird folgen. Bevor am 1. November 2017 der nach den islamistischen Anschlägen in Paris und Nizza mehrmals verlängerte Ausnahmezustand auslief, beschloss das Französische Parlament Regelungen des Ausnahmezustandes in das reguläre Recht zu übernehmen. Die Polizei kann weiterhin außerhalb eines Ermittlungsverfahrens, verharmlosend »Hausbesuche« genannte Hausdurchsuchungen durchführen. 2016 gab es davon mehrere Tausend,¹⁸⁴ bei denen die Polizei oftmals brutal vorging. Der Staat kann religiöse Einrichtungen bis zu sechs Monate schließen und Menschen, die angeblich sogenannte »Gefährder*innen« sein sollen, verbieten, ihren Wohnort zu verlassen.¹⁸⁵

In Großbritannien hatte sich im Sommer 2016 mit dem Referendum zum Austritt aus der EU (Brexit) eine Mehrheit der Wähler*innen für einen starken nationalen Staat, der die Grenzen gegen Migrant*innen verschließt und damit vermeintlich Souveränität und Kontrolle zurück erlangt, ausgesprochen.¹⁸⁶ Nationaler Hass bis hin zum Mord wandte sich in der Zeit um den Brexit vorwiegend gegen Osteuropäer*innen.

Mit dem Brexit-Referendum konnte das aus der Krise resultierende objektive Interesse der Lohnabhängigen gegen das nationale Kapital und die Elite zu kämpfen, umgelenkt werden auf die EU und die Migrant*innen. Es war der Nährboden für die politische Stärkung der EU-

Gegner*innen aus englischen Faschist*innen (UKIP) und der konservativen Partei. Für diese reaktionären Kräfte ist der Vorteil eines harten Brexits, das heißt eines klaren Bruchs mit der EU, darin, sich von Schutzbestimmungen für Mensch und Natur zu entledigen, deren Einhaltung diese als ideeller Gesamtkapitalist in den EU-Ländern durchsetzt.¹⁸⁷

Bei der von Ministerpräsidentin Theresa May angesetzten Parlamentswahl im Sommer 2017 wurden die Tories so geschwächt, dass sie Regierungspartner*innen brauchten. Sie regieren seither als Minderheitsregierung mit der Tolerierung der erzkonservativen, fundamentalistisch-evangelikalen Democratic Unionist Party (DUP).¹⁸⁸ Der Labourpartei unter Jeremy Corbyn gelang mit ihrem links-sozialdemokratischen Programm, das sich auch gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens und des öffentlichen Nahverkehrs und die weitere Zerschlagung des Sozialstaates wandte, hohe Stimmengewinne vor allem bei den Jungwähler*innen.¹⁸⁹ Unterstützt wurde sie von der neuen außerparlamentarischen, linksreformerischen, jungen Bewegung »Momentum«.¹⁹⁰ Der rechte Nationalismus tritt als Wahloption zurück angesichts des sozialen Abstiegs großer Teile der Lohnabhängigen in Großbritannien.

In der Türkei errichtet Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine reaktionäre Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (Adalet ve Kalkınma Partisi, kurz AKP) in schnellen Schritten eine islamistisch-faschistoide Diktatur. Sie wollen die unter Mustafa Kemal Atatürk 1923 gegründete demokratische Republik mit ihrer säkularen Ausrichtung zerstören. Abgesichert über ein Referendum im April 2017 können sie ein Präsidialsystem etablieren, das die politische Macht allein auf Erdoğan und die AKP konzentriert. Zukünftig kann er u.a. das Land dauerhaft im Ausnahmezustand per Dekret regieren, das Parlament auflösen und direkten Einfluss auf den Justizapparat nehmen.¹⁹¹

Seit dem Putschversuch im Juli 2016 geht die türkische Regierung mit massiven Repressionen gegen Kritiker*innen vor. Tausende Angestellte wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen, politische Gegner*innen, Kurd*innen, missliebige Journalist*innen sitzen zu Tausenden in Gefängnissen. Der Flüchtlingsdeal der EU mit der Türkei, den im Wahljahr 2017 niemand aufkündigen wollte, gibt Erdogan ein Druckmittel in die Hand, so dass er sich leisten kann, auch ausländische Staatsbürger*innen wegzusperren. Unter den Inhaftierten befinden sich die deutschen Journalist*innen Mesale Tolu (inzwischen aus der Haft entlassen) und Deniz Yücel, die wegen Terrorverdachts eingesperrt sind. Gegen 11 Aktivist*innen von Amnesty International wurde im Oktober 2017 das Verfahren eröffnet, ihnen wird Terrorunterstützung bzw. »Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation« vorgeworfen.¹⁹²

Überall ist die Ohnmacht gegen Staat und Kapital spürbar. Die Entwertung und Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen weltweit führt trotzdem zu machtvollen Streiks und Demonstrationen. In den Zentren des Kapitalismus kommt es zu linkssozialdemokratischen Sammlungen wie die Bewegung von Afroamerikaner*innen »black lives matter« oder in Chile, wo der Kampf um ein gerechtes Bildungssystem seit Jahren auf der Straße geführt wird.

In den USA regierte seit Januar 2017 unter dem Motto »Amerika first« Präsident Donald Trump für die Reichen, pöbelte per Twitter gegen Afroamerikaner*innen, stempelte muslimi-

sche Menschen einiger Staaten pauschal zu Terrorist*innen und verhängte Einreiseverbote, hungerte die Krankenversicherung für die Ärmeren aus, stieg aus dem UN-Klimaabkommen von Paris aus und spielte sich als Kriegsherr auf und drohte Nordkorea auch mit Atom-bomben. In seinem Haushaltsentwurf für 2018 will er Sozialprogramme kürzen und Umweltschutzprogramme in den USA canceln, um für seine US-Allmachtsansprüche die Militärausgaben um über 50 Milliarden US-Dollar erhöhen zu können.¹⁹³

Trump bedient und verstärkt mit seinem autoritären Dekretismus und seinem rechtskulturellen Aktionismus exakt die Erwartungen und Hoffnungen seines Klientels. Mit seiner enthemmten Sprache erscheint er für seine Anhänger*innen »echt«. Die Politik der Trump-Regierung drückt nicht nur die Interessen des Rechtsausen-Flügels um den Nazi-Ideologen Steve Bannon in den USA aus, sondern bedient auch die Kapitalfraktion, die von der Beseitigung bürgerlich-demokratischer Rechte profitiert.

Die Organisierung an der Basis des sozialdemokratischen Flügels in der Demokratischen Partei ist vorangekommen. Der Machtkampf innerhalb der Partei ist allerdings zunächst entschieden zugunsten des an Kapitalinteressen ausgerichteten Teils der Partei um Hillary Clinton.

Angeheizt von Trumps rassistischer, sexistischer und gegen Minderheiten gerichteter Hetze sammeln sich in den USA unter dem Überbegriff »Alt-Right« (Alternative Rechte) Teile der Nazis in den USA. Sie wollen die »Vorherrschaft der Weißen« durchsetzen. Bei einer Demonstration der Nazis in Charlottesville im August 2017 sammelten sich mehrere tausende Rassist*innen von Neonazi-Organisationen, Mitglieder der Alt-Right-Bewegung, Skinheads, Ku-Klux-Klan-Anhänger*innen und Identitäre. Sie skandierten antisemitische und rassistische Parolen. Sie trafen dort auf ähnlich viele Gegendemonstrant*innen.¹⁹⁴ Nach der Demonstration fuhr einer der Faschos mit einem Auto in die Gruppe Gegendemonstrant*innen, 19 Menschen wurden verletzt, eine Frau starb.¹⁹⁵

Demonstrationen und Aktionen kommen aus vielfältigen Spektren der unabhängigen Linken in den USA, ohne organisierte und organisierende landesweite Kerne werden sie jedoch rein moralische Aktionen mit regionalen Auswirkungen bleiben.

Mit dem Rückzug der USA als Akteur beim Neuaushandeln internationaler Handelsabkommen, wird der Weg frei für die EU oder China, die ihrerseits über internationale und bilaterale Handelsabkommen Profite für das nationale Kapital sichern und darüber Verbraucher*innenrechte aushebeln, Arbeitnehmerstandards abbauen und nationale Gesetzgebung hinsichtlich Qualitätssicherung oder Umweltstandards umschiffen wollen.

Noch vor dem G20-Gipfel wurde eine Vereinbarung zu den Grundzügen für ein seit 2013 geheim verhandeltes Handelsabkommen zwischen der EU und Japan, das Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) unterzeichnet. Es würde ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung umfassen.¹⁹⁶ Trotz aller Demonstrationen gegen Ceta und TTIP wird geheim weiter verhandelt.¹⁹⁷ Eine Kampagne gegen die Unterzeichnung des JEFTA-Abkommen konnte bisher bei weitem nicht die Kraft entwickeln, wie sie gegen CETA oder TTIP erreicht werden konnte. Abkommen der EU mit Vietnam und Singapur wurden abgeschlossen, mit Neuseeland und Australien, Mexiko, den südamerikanischen Mercosur-Staaten Argentinien,

Brasilien, Paraguay und Uruguay,¹⁹⁸ den Philippinen, Indonesien, Malaysia und Thailand soll es weitere Abkommen geben.¹⁹⁹ Die EU will darüber die Investitionsbedingungen für das europäische Kapital sichern. In einem Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) vom Mai 2017 wurde festgestellt, dass sämtliche Festlegungen in den zukünftigen Abkommen, die nicht in den alleinigen Zuständigkeiten der EU-Institutionen liegen, durch alle nationalen Parlamente beschlossen werden müssen.²⁰⁰ Ein Zeitgewinn für die Gegner*innen der Abkommen.

Wie zu Zeiten des Kalten Krieg hetzte der amerikanische Verteidigungsminister James Mattis beim NATO-Treffen im November 2017 in Brüssel gegen Russland. Die Atommächte USA und Russland beschuldigten sich gegenseitig, den INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) über nukleare Mittelstreckensysteme von 1987 nicht einzuhalten, der den Bau und Besitz landgestützter atomar bewaffneter Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern verbietet.²⁰¹ Die USA modernisiert gleichzeitig ihr Atomwaffenarsenal.

Neben den seit Jahren forcierten multinationalen Aufrüstungsprojekten beschloss die NATO auf diesem Treffen erstmals seit dem Zusammenbruch der RGW-Staaten ihre Kommandostruktur wieder zu erweitern, vor allem gegen Russland gerichtet. Zu den derzeit sieben NATO-Hauptquartieren werden zwei neue Planungs- und Führungszentren zur Organisation von Truppenverlegungen innerhalb Europas bzw. zur Sicherung des Seewegs zwischen Europa und den USA aufgebaut. Von den NATO-Mitgliedsstaaten und der EU wird erwartet, Straßen, Schienennetze und Flughäfen an die militärischen Anforderungen anzupassen, um schnelle Truppentransporte auch in den Osten zu gewährleisten.

Künftig sollen bei NATO-Einsätzen Cyberangriffe eingesetzt werden, um beispielsweise Computer- oder Mobilfunknetze auszuschalten. Dazu gehört auch, aus sozialen Netzwerken relevante Informationen zu ziehen oder gezielte Desinformationen zu verbreiten.²⁰² Die Kompetenz soll von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Auch die Bundeswehr übt bereits den Cyberkrieg und baut die entsprechenden Truppeneinheiten aus.²⁰³

An der Demonstration gegen die jährlich stattfindende NATO-Sicherheitskonferenz in München am 7. Februar 2017 nahmen ca. 3.000 Menschen teil. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2016 »Wie und warum Klassenbewusstsein durch völkisches Denken ersetzt wird«.

Die von US-Präsident Trump geforderte Erhöhung der Militärausgaben der NATO-Mitglieder kommt der deutschen CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gelegen. Um die Interessen des deutschen Kapitals in der Welt zu verteidigen oder durchzusetzen wurde von ihr schon im »Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« die Aufrüstung der Bundeswehr angekündigt. Unter der letzten CDU/CSU/SPD-Regierung wurden durch den Haushaltsausschuss bereits Projekte für 30 Milliarden Euro beschlossen. Geplant ist die Erhöhung der Rüstungsausgaben bis 2024 von derzeit 1,26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf die in der NATO beschlossenen 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).²⁰⁴

Weltweit steigen die Rüstungsausgaben nach 2015 wieder an. Knapp 1,7 Billionen US-Dollar wurden 2016 für Armeen und Kriege im Interesse der kapitalistischen Zentren und deren imperialistischen Absichten ausgegeben. Die USA führt mit 611 Milliarden US-Dollar die Liste an. Die Rüstungsausgaben aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der EU-Beitrittskandidaten, Norwegen und der Schweiz als Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) lagen 2016 zusammen bei knapp über 300 Milliarden US-Dollar, weit vor denen von China mit 215 Milliarden US-Dollar. Russland gab mit rund 69 Milliarden US-Dollar verglichen mit den EU-Staaten nicht einmal ein Viertel (23 Prozent) aus. Die Rüstungskonzerne boomen. In Deutschland wurden Waffenlieferungen 2017 auch in Krisengebiete genehmigt.²⁰⁵

In Vorderasien bis zum Nahen Osten tobt ein Kampf um die Vormachtstellung zunächst zwischen dem schiitischen Iran und dem strenggläubigen wahhabitischen Saudi-Arabien. Der Iran versucht seinen Machtraum über den Irak bis in den Libanon und Syrien am Mittelmeer auszubreiten. Sein Stellvertreter im Libanon ist die Hisbollah. Für die Hisbollah hat der Iran sogar Waffenfabriken im Libanon gebaut.²⁰⁶ Der zur Hisbollah gegnerische Islamische Staat (IS) wurde von Saudi-Arabischen Geldern mitfinanziert. Auch die Türkei möchte gerne ihre Regionalmachtposition ausweiten, um einen kurdischen Staat in Syrien oder dem Irak zu verhindern. Die imperialistischen Mächte Russland und die USA mischen auf beiden Seiten mit.

Im Februar 2015 stürzten Huthi-Milizen die Regierung im Jemen. Unter Führung Saudi-Arabiens führt die 2015 gegründete sunnitische »Islamische Koalition« Krieg auf Seiten der jemenitischen Regierung gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Milizen.²⁰⁷ Saudi-Arabien blockiert die internationalen Lieferungen für die hungernde Bevölkerung im Jemen und ist verantwortlich für den Hungertod von Tausenden.²⁰⁸

Der Bundessicherheitsrat genehmigte im Juli 2017 Waffenexporte nach Ägypten und Saudi-Arabien,²⁰⁹ 2016 wurde Katar mit deutschen Waffen versorgt.²¹⁰ Alle Staaten gehören zur »Islamische Koalition« und sind am Stellvertreterkrieg, der im Jemen tobt, beteiligt – mit deutschen Waffen.²¹¹

Seit Mitte 2017 wird Katar von Saudi-Arabien und mehreren arabischen Staaten, wegen angeblicher, positiver Aussagen über den Iran politisch isoliert. Die Herrscherfamilie Katars soll die Herrschaftsansprüche Saudi-Arabiens nicht durch eine eigene Außenpolitik behindern.²¹² Saudi-Arabien versucht auch, den von Katar finanzierten Radiosender Al Jazeera mundtot zu machen, der in der Region oft staatliche Repression und Verfolgung aufdeckt und öffentlich macht.²¹³

Je nach ökonomischem Interesse des deutschen Kapitals baut Verteidigungsministerin von der Leyen die internationale militärische Beteiligung der Bundeswehr aus und Deutschland profitiert dabei von imperialistischen Kriegen in den Regionen, in denen es Rohstoffe gibt, wie beispielsweise in Afrika mit dem Einsatz der Bundeswehr in Mali im Rahmen der Mission »Minusma« der Vereinten Nationen. Der Bundestag verlängerte den Einsatz im Mai 2017 um ein weiteres Jahr.²¹⁴ Zusammen mit Frankreich bringt von der Leyen die Militarisierung EU-Europas mit der Weiterentwicklung einer EU-Armee voran.

Die Bundeswehr agiert in unterschiedlichen Konstellationen weltweit, Mitte November waren 3.700 Soldat*innen im Auslandseinsatz.²¹⁵ Auch beim Krieg in Syrien mischt die Bundeswehr als Teil der internationalen Militärkoalition mit sechs Aufklärungsflugzeugen mit. Mit bis zu 1.200 Soldat*innen war es 2017 der größte Auslandseinsatz der Bundeswehr.²¹⁶ Die Truppe lieferte und kommentierte Fotos von potenziellen Zielobjekten. Die zunächst in Incirlik in der Türkei stationierten Einheiten wurden im Juni 2017 wegen der Konflikte mit Türkei abgezogen und sind seit Ende September 2017 im jordanischen Al-Asrak stationiert.²¹⁷ Bei einem Angriff auf eine syrische Schule im März 2017, bei der mutmaßlich über 30 Zivilist*innen starben, lagen Bilder der Bundeswehr zugrunde.²¹⁸

Im April 2017 wurde in der Bundeswehr ein Neonazi-Netzwerk aufgedeckt – wie auch bei der Polizei ziehen autoritäre Strukturen rechte Menschen an. Der Neonazi Oberleutnant Franco A. und mit ihm mehrere Neonazis wurden daraufhin aufgrund des öffentlichen Drucks aus dem Dienst entlassen. Dessen neofaschistischen Überzeugungen war innerhalb der Truppe seit Jahren bekannt, wurden aber von Vorgesetzten verharmlost und gedeckt. Franco A. hatte sich zudem in Bayern eine zweite Identität als syrischer Flüchtling erschlichen, ggf. wollte er Anschläge gegen deutsche Politiker*innen verüben und diese einem fiktiven Geflüchteten unterschieben. Im Zuge der Nachforschungen kamen Freizeiträume von Soldat*innen zum Vorschein, die mit Wehrmachtsandenken dekoriert waren. Gegen zwei Vorgesetzte wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, Kasernen wurden nach Wehrmachtsandenken durchsucht.²¹⁹ Die Entrüstung über Neonazis und Wehrmachtverehrung in der Bundeswehr wurde während des Bundestagswahlkampfes von den konkurrierenden Parteien wahlkampfaktisch zur Schwächung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der CDU ausgeschlachtet, bis das Interesse daran schnell wieder erlosch.

Für CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière war der größere Skandal ohnehin, dass sich jemand ohne gute Arabischkenntnisse eine Anerkennung als syrischer Flüchtling erlügen konnte. Konsequenzen drohen jetzt den Zehntausenden, deren Asylentscheidung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorzeitig geprüft werden soll.²²⁰

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012 wurde 2017 erstmals unter dem Titel »Gemeinsame Terrorismusabwehr Exercise« und der Abkürzung »Getex« eine gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr abgehalten. Die Bundeswehr übernehme demnach in einer »ungewöhnlichen Ausnahmesituation katastrophischen Ausmaßes« hoheitliche Aufgaben, die sonst der Polizei vorbehalten sind. Soldat*innen, die Waffen tragen, würden im Ernstfall Bürger*innen Anweisungen geben und diese mit Gewalt durchsetzen können.²²¹ In der ersten Übung wurden Kommunikationsabläufe u.a. in Bremen, Düsseldorf, München und Saarbrücken trainiert,²²² auf der Straße rollten (noch) keine Panzer. Polizist*innen aus Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland sowie 360 Soldat*innen waren beteiligt.²²³

EU-Europa sieht dem Sterben auf dem Mittelmeer und den anderen Fluchtrouten zu. 2017 starben bis Mitte November 2.925 Geflüchtete im Mittelmeer. Insgesamt sind nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 2017 an die 5.000 Menschen auf ihrer Flucht ertrunken, verhungert, verdurstet oder wurden ermordet.²²⁴

In diesem Jahr versuchten über 150.000 Migrant*innen in seeuntauglichen Booten Europa über das Mittelmeer zu erreichen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das weniger als die Hälfte.²²⁵ Der Rückgang der Zahlen ist auch darauf zurückzuführen, dass Menschen völkerrechtswidrig in todbringende Folterlager nach Libyen zurückgeschickt werden.²²⁶ Die EU-Operation Sophia soll vor allem Schleuserorganisationen bekämpfen und rettet immer weniger Geflüchtete aus Seenot, waren es 2015 noch mehr als 10.500 Menschen, belief sich ihre Zahl bis November 2017 auf nur noch 2.839.

Ziel der EU ist es, die Ausbildung der libyschen Küstenwache schnell auszubauen, damit Flüchtlinge schon in den libyschen Gewässern aufgegriffen und an das Festland zurückgebracht werden. Die Geflüchteten werden dort eingepfercht in unmenschliche Lager und es gibt Sklavenmärkte für schwarze Afrikaner*innen.²²⁷ Außerdem soll Libyen wie auch andere Staaten in Afrika unterstützt werden, die Landgrenzen dicht zu machen.²²⁸

Die Interessen der Herrschenden stören NGOs und private Hilfsaktionen, die bis zu 40 Prozent der Rettungseinsätze zur Rettung von Geflüchteten auf hoher See durchführen.²²⁹ Die Seenotretter*innen von privaten Missionen oder von Einsätzen der NGOs werden verstärkt von Frontex, der italienischen Regierung, EU-Politiker*innen und z. B. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere kriminalisiert und unter Druck gesetzt.²³⁰ Ihnen wird unterstellt, sie beförderten das Geschäft der Schlepper*innen. Sizilianische Staatsanwält*innen ermitteln seit August 2017 gegen die Brandenburger Gruppe »Jugend rettet« wegen »Förderung illegaler Migration« und beschlagnahmten ihr Schiff.²³¹

Gegen die private Initiative »Mission Lifeline« aus Dresden ermittelte die Bundespolizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dresden, wegen »Versuch des Einschleusens von Ausländern«, noch bevor die Initiative überhaupt Richtung Mittelmeer aufgebrochen war.²³²

Neonazis der Identitären Bewegung organisierten im Sommer 2017 ein Schiff, um Seenotretter*innen daran zu hindern, im Mittelmeer in Seenot geratene Geflüchtete aufzuspüren und zu retten. Sie wollten zudem der libyschen Küstenwache zuarbeiten.²³³ Auf Zypern beantragten Teile der Trainingscrew aus Sri Lanka Asyl. Später geriet das Schiff in Seenot, verweigerte aber die Hilfe der Sea-Eye, einem Flüchtlingsrettungsschiff.²³⁴ In Tunesien verhinderten Aktivist*innen das Anlegen des Schiffes, so dass es nicht aufgetankt werden konnte. Der Einsatz dauerte insgesamt weniger als eine Woche.²³⁵

Im Jahr des Bundestagswahlkampfes überboten sich 2017 die deutschen Bundesländer darin, möglichst viele Abschiebungen aus Deutschland in als »sichere Drittstaaten« deklarierte Länder und nach Afghanistan durchzuführen und die Menschen den dort herrschenden tödlichen Lebensbedingungen und der Armut auszusetzen. Immer wieder machen kleinere Demonstrationen gegen Sammelabschiebungen, z. B. nach Afghanistan am 22. Februar 2017 am Münchner Flughafen auf diese Zustände aufmerksam.²³⁶

Seit März 2016 sind die Fluchtrouten über den Balkan blockiert, Mazedonien, Slowenien, Serbien und Ungarn haben seitdem ihre Grenzen dicht gemacht. Als Teil des milliarden-schweren Flüchtlingsdeals der EU mit der Türkei verhinderte der türkische Grenzschutz neben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, kurz Frontex (vom Französischen »frontières extérieures«), dass Geflüchtete auf die griechischen Inseln

übersetzen, so dass über diesen Weg nur noch Wenige EU-Europa erreichen und unter menschenverachtenden Bedingungen in der Türkei ausharren müssen.²³⁷

Um Geflüchtete schon in Afrika aufzuhalten, engagiert sich EU-Europa mit 50 Millionen Euro und rüstet eine neu gegründete Polizei- und Militärtruppe, die »G5 Sahel Joint Force«, mit Waffen, Munition und militärischen Fahrzeugen aus. Mali, Niger, Tschad, Mauretanien und Burkina Faso sind beteiligt.²³⁸

Die Wenigen, die in Europa, vor allem in Italien und Griechenland ankommen, sind nicht willkommen. Die EU-Innenminister hatten 2015 zur Entlastung Italiens und Griechenlands beschlossen, 120.000 Geflüchtete auf alle EU-Staaten zu verteilen. Ungarn und die Slowakei reichten gegen diesen Beschluss beim Europäischen Gerichtshof Klage ein. Mit dem Urteil im September 2017 bestätigte der EuGH die Verteilung der Geflüchteten, das Vorgehen sei über den Lissabon-Vertrag gedeckt. Ungarn und Polen, die die Klage unterstützten, weigerten sich jedoch weiterhin, Geflüchtete aufzunehmen. Die Slowakei hatte im Rahmen dieser Auseinandersetzung mit der EU bis September 2017 offiziell nur 16 Geflüchtete aufgenommen.²³⁹

Die Durchsetzung kapitalistischer Herrschaftsinteressen weltweit zerstört auch die natürlichen Lebensgrundlagen. Die Klimakatastrophe und die Verseuchung von Böden und Wasser sind ein Teil davon. Eine Grenze gibt es im Kapitalismus immer nur dann, wo widerstreitende Kapitalinteressen aufeinandertreffen oder das System Gefahr läuft, die eigenen Grundlagen zu ruinieren. Ausgleichend muss dann der Staat des Kapitals tätig werden. Dann werden Klimaabkommen verhandelt und Grenzwerte durchgesetzt. Die Auswirkungen des Klimawandels könnten dieses systemgefährdende Potenzial haben. Wanderungsbewegungen von Menschen durch die Zerstörung des Klimas und gnadenlose Ausbeutung von Menschen in der kapitalistischen Peripherie bis in den Hungertod haben eine Dimension erreicht, die nicht mehr von u.a. Frontex, Kriegsschiffen auf dem Mittelmeer oder Türkei-Deals aufzuhalten sind.

Ein weltweites Problem ist auch der Einsatz von Pestiziden, die die Gesundheit der Menschen und Böden zerstören. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft das weltweit meist verwendete Pestizid Glyphosat (z. B. Round up, Hersteller: Bayer/Monsanto) als »wahrscheinlich krebserregend« ein. Dagegen sah das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) keine Hinweise. Die hatten in ihrem Gutachten gleich mehrere Passagen von Monsanto abgeschrieben.²⁴⁰ Mit Bezug auf die Studie der WHO setzte die kalifornische Gesundheits- und Umweltbehörde Glyphosat im Juli 2017 auf die Liste der Chemikalien, die krebserregend sein können.²⁴¹ Nach monatelangen Diskussionen hat die EU-Kommission am 27. November 2017 die EU-Zulassung von Glyphosat um fünf Jahre verlängert. Von den 28 EU-Ländern stimmten 18 dafür, neun dagegen und es gab eine Enthaltung. Entgegen der Anweisung der Bundesregierung, sich zu enthalten, stimmte der deutsche Vertreter auf Anweisung des deutschen CSU-Landwirtschaftsministers Christian Schmidt mit Ja und ignorierte so SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks, die die Verlängerung ablehnte.²⁴²

Die Überschreitung der EU-Grenzwerte für Stickstoffoxide und die Feinstaubbelastung wird in Deutschland unter den Teppich gekehrt,²⁴³ weil die fetten Profite der Autokonzerne für den Erhalt Tausender Arbeitsplätze notwendig seien. Durch ihre jahrelange, erfolgreiche Lobby-

politik konnten die Konzerne Auflagen und Verschärfungen für die Produktion und den Betrieb ihrer Autos abmildern. Sie haben so die zum Erhalt ihrer weltweiten Konkurrenzfähigkeit notwendigen Innovationsschübe verpasst und können nur mit Mühe bei Elektroautos und alternativen Antriebsmotoren den Anschluss an die Konkurrenz insbesondere aus China finden. Die umweltschonendere Lösung sind jedoch Antriebe mit Brennstoffzellen auf Wasserstoffbasis, wobei der Wasserstoff aus regenerativen Energien hergestellt wird. Bei der Verbrennung des Wasserstoffs entstehen dann keine Abgase.²⁴⁴

Die größten CO₂-Schleudern Europas, die deutschen Braunkohlekraftwerke, sind noch lange kein Auslaufmodell. Trotz steigender Stromerzeugung durch erneuerbare Energien wird weiter Braunkohle für die Energieerzeugung genutzt. Alles, was zu viel an Strom produziert wird, wird in das Ausland verkauft. Deutschland wird aller Voraussicht nach, seine international vereinbarten Klimaziele nicht erreichen. Im November 2017 gab die Bundesregierung zumindest den Widerstand gegen verschärfte EU-Grenzwerte für Kohlekraftwerke für Quecksilber, Stickoxid und Feinstaub ab 2021 auf, so dass diese nun nachgerüstet werden müssen.²⁴⁵

Eher unbeobachtet wickelte das Atomkapital 2017 zumindest in Deutschland seine Geschäfte ab. Mit der 2016 vereinbarten Verschiebung der Kosten der Lagerung des strahlenden Abfalls auf den deutschen Staat, ist jeder Tag ungehinderter Betrieb in Deutschland ein Extrageschäft. Offiziell wird seit September 2017 in Deutschland nach einem Endlager für radioaktive Abfälle gesucht, das dann für eine Million Jahre radioaktiv strahlenden Müll der AKWs aufnehmen soll.

Im Oktober 2017 ereignete sich ein schwerer atomarer Unfall. Bereits Anfang Oktober hatten deutsche und französische Messstellen in der Luft über Europa eine erhöhte radioaktive Belastung von Ruthenium gemessen. Wochen später bestätigte der russische Wetterdienst, dass in einem Dorf im Ural nahe der Atomfabrik Majak ein 986-fach erhöhter Wert von Ruthenium gemessen wurde. Deutsche und französische Wissenschaftler*innen vermuteten daraufhin, dass bei der Wiederaufbereitung von nuklearen Brennstoffen in der Atomanlage ein Unfall passierte, der zu der Verstrahlung der Umgebung mit Ruthenium 106 führte, was von russischer Seite jedoch dementiert wurde.²⁴⁶ Mit den gemessenen Strahlenwerten hätte die Gegend evakuiert werden müssen. Keine der europäischen Stellen machte die erhöhte Strahlung zum Zeitpunkt der Messung publik. Angeblich habe keine Gefahr für Menschen in Mittel- und Westeuropa bestanden. Erst Wochen später wurde der Vorfall öffentlich gemacht, aber kaum jemand prangerte die unterlassene Aufklärung an!

Die Castor-Transporte auf dem Neckar zur Verlagerung von Brennelementen vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim konnten nahezu ungehindert fahren. Nur wenige Leute beteiligten sich bei den Aktionen, insbesondere die Anwohner*innen konnten nicht mobilisiert werden. Beim vierten Transport gelang mit wenigen Leuten eine erfolgreiche Protestaktion, obwohl mit einer gefährlichen Nachtfahrt und der Verlegung des Transporttermins die geplanten Protestaktionen ausgebremst werden sollten. Am 16. November 2017 schwammen 10 Aktivist*innen von »Robin Wood«, der »Antiatom-Initiative Karlsruhe« und dem »Bündnis Neckar castorfrei« im eiskalten Wasser dem gefährlichen Transport entgegen. Große Gummi-Enten und blaue Kunststofffässer mit »Neckar-castorfrei«-Transparenten trieben auf dem Neckar. Ohne Skrupel ließ die Polizei das schlecht manövrierbare Atomschiff

mit dem strahlenden Atommüll in geringem Abstand ohne Rücksicht auf Verletzungen an einigen der 10 Schwimmer*innen vorbeifahren.²⁴⁷

Die Demonstrationen, Aktionen und Blockaden von Ende Gelände im August 2017 gegen den Weiterbetrieb des Braunkohleabbaus, der Verstromung von Braunkohle, wie das weitere Abbagern von Dörfern in der Lausitz oder in NRW die Rodung des Restes des Hambacher Forstes und die Aktionen anlässlich der UN-Weltklimakonferenz in Bonn im November 2017, mobilisierten Tausende Menschen. In Zeiten, in denen andere Kristallisationspunkte fehlen, sind die Aktionen ein wichtiger Sammelpunkt, der auch international Ausstrahlung entwickeln konnte. Derzeit sind die Klima-Aktionen von Ende Gelände eine der wenigen wirksamen Mobilisierungen, die für die dem Kapitalismus systematisch eingeschriebene Zerstörung der Natur sensibilisieren.

Anlässlich der UN-Weltklimakonferenz »COP 23« (englisch: United Nations Framework Convention on Climate Change, 23rd Conference of the Parties, kurz COP 23) vom 6. bis 11. November 2017 in Bonn unter der Präsidentschaft der Fidschi-Inseln demonstrierten dort am 4. November 2017 25.000 Menschen unter dem Motto »Klima schützen – Kohle stoppen«. Ende Gelände hatte international mobilisiert und nahm mit ca. 4.000 Menschen an der Demonstration teil. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken Stuttgart/Schwäbisch Gmünd verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2017 »Das ungeweckte Potenzial der Menschen gegen die Faschisierung der Verhältnisse«.

Am Tag danach versuchten die Aktivist*innen von Ende Gelände den 50 km entfernten Braunkohletagebau Hambach, den größten Tagebau Europas, zu besetzen. Die Polizei wollte das Eindringen in die 85 Quadratkilometer große und bis zu 370 Meter tiefe Grube des Energiekonzerns RWE verhindern und ging brutal mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Reiterstaffeln gegen die Blockierer*innen vor. 3.000 Menschen schafften es trotzdem bis in die Nähe des Radschaufelbaggers.²⁴⁸ Rund 1.000 Aktivist*innen wurden in Gewahrsam genommen. Für eine nachträgliche Feststellung ihrer Identität für ggf. weitere Strafverfahren wurden Fotos gemacht, da niemand Ausweispapiere dabei hatte.²⁴⁹ Bereits nach den erfolgreichen Aktionen im August 2017 gab es mehr als 1.000 Strafverfahren, von denen jedoch die meisten wegen der Anonymität fast aller Aktivist*innen voraussichtlich eingestellt werden müssen.²⁵⁰

Um die Aktionen klein zu halten, hatte die Polizei bereits im Vorfeld der Aktion nach bekanntem Hamburger Vorbild rigoros das geplante Camp verboten. Mit ihrem Aktionskonzept einer angemeldeten Demonstration als »legalem Finger« konnte Ende Gelände für den »Ausstieg aus der Kohle« bis ins bürgerliche Lager mobilisieren.²⁵¹

Während der Konferenz gründeten 25 Länder und Regionen eine Anti-Kohle-Allianz, die »Powering Past Coal Alliance« mit dem Ziel eines kompletten Kohleausstiegs bis 2030. Deutschland trat der Allianz nicht bei.²⁵²

Zu weiteren Protestdemonstrationen am 11. November 2017 in Bonn folgten um die 2.000 Menschen dem Aufruf des überwiegend aus MLPD-nahen Gruppen bestehenden Bündnisses »Weltklima-Aktionstag 11.11. Bonn«²⁵³ und weitere rund 2.000 demonstrierten unter dem Motto »Schluss mit dem faulen Zauber – wir treiben die bösen Geister des

Klimawandels aus: Kohle, Erdöl, Atom!«. Hierzu hatten u.a. Organisationen aus dem Umweltbereich aufgerufen.²⁵⁴

Noch während in Bonn die UN-Klimakonferenz tagte, ketteten sich Aktivist*innen von »Zucker im Tank« am 15. November 2017 an Förderbänder und Bagger des Kohlekraftwerks Aachen-Weisweiler im Rheinischen Braunkohlerevier. Mangels Kohle musste der Betreiber RWE die Leistung des Kraftwerks auf zehn Prozent herunterfahren.²⁵⁵

Nach der Klimakonferenz, die »Gäste aus aller Welt« waren gerade abgereist, machten Ende November 2017 die Gerichte den Weg für RWE frei, mit der Zerstörung von Dörfern und dem Roden der letzten Reste des uralten Hambacher Forstes am Tagebau Hambach weiterzumachen für den Abbau der klimaschädlichen Braunkohle und den Profit von RWE. Die Polizei sicherte den Beginn der Rodungen gegen die wütenden Proteste und den Widerstand von Aktivist*innen und Waldbesetzer*innen ab. Zwei Tage nach Rodungsbeginn stoppte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster die Rodungen, bis über eine Beschwerde des BUND entschieden ist.²⁵⁶ Im Hambacher Forst feierten Aktivist*innen, Besetzer*innen und Bewohner*innen der 22 Baumhäuser den Etappensieg.²⁵⁷

Gegebenenfalls kann aus den Klima-Aktionen auch eine stärkere Reaktivierung der Anti-Atom-Aktionen möglich sein, wenn 2019 wieder Castoren aus Sellafield und aus dem französischen La Hague durch Deutschland rollen.

Nachdem sich der Kapitalismus weltweit durchgesetzt hat, gibt es die grundlegende Tendenz der Entwicklung des Kapitalismus hin zu einer Faschisierung der Verhältnisse und weiter in die Barbarei, in der kapitalistischen Peripherie teilweise heute schon. Die wirtschaftlichen Zwänge des Systems führen zur sozialen Spaltung und erzeugen eine Brutalität gegenüber denen, die als Konkurrenz wahrgenommen werden, auch mangels gesellschaftlicher, humaner Alternativen oder entwerteter Alternativen, wie Sozialismus und Kommunismus. Die Ursachen dieser teilweisen Entwertung waren Fehler des Realsozialismus oder objektive Grenzen zu seiner Zeit.

Es breiten sich dort, wo die existenzielle Lebenssituation zugespitzt ist, auch Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit aus, in der dann z. B. die Religionen die Sinnlücken füllen können. In Deutschland stärkt das die reaktionären Evangelikalen als christliche Rechtswendungen und anderswo fundamentale Strömungen des Islams, des Buddhismus (Vertreibung der Rohingya aus Myanmar) oder Hinduismus (Pogrome gegen Muslime). Menschenfeindlicher Fundamentalismus ist in jeder Religion angelegt, der in reaktionären historischen Phasen in den Vordergrund dringen kann.

Gegen den jährlich auch in Berlin stattfindenden »Marsch für das Leben« mit seinen christlich-fundamentalistischen Reaktionären, Verschwörungstheoretiker*innen, Abtreibungsgegner*innen, Antifeminist*innen, Bischöfen und Politiker*innen der CDU/CSU und der rassistischen und antisemitischen AfD konnte das Bündnis »What the Fuck« am 16. September 2017 um die 2.000 Menschen mobilisieren. Die Ökologische Linke Berlin ist Teil des »What the Fuck«-Bündnisses. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten auf der Demonstration das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2017 »Das ungeweckte Potenzial der Menschen gegen die Faschisierung der Verhältnisse«.

Zusammen mit der »We'll come united«-Parade und der Demonstration des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung waren an diesem Tag über 10.000 Menschen gegen Reaktionäre und Rassist*innen auf der Straße.²⁵⁸

Die Ökologische Linke veranstaltete vom 8. bis 10. September 2017 ein Klassenkampfseminar in der Nähe von Kassel, auf dem wir mit Mitgliedern und an der Ökologischen Linken interessierten Menschen zu den Grundlagen und Begriffen politischer Ökonomie diskutierten und eine vertiefende Debatte über das Thema Antisemitismus führten.

Es braucht eine Sammlung der außerparlamentarischen, antikapitalistischen Linken, die es schafft, ein Gegengewicht gegen den Rechtsruck mit Leitkultur-Geschwafel, Nationalismus, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus zu erzeugen, eine handlungsfähige außerparlamentarische Organisation gegen die zunehmende Verdichtung und Ausbeutung menschlicher Arbeit sowie gegen die Tendenz zur Zerschlagung des Sozialstaates, gegen den umfassenden Repressions- und Überwachungsapparat des Staates.

50 Jahre nach 1968 ist es Zeit, die Organisation zu vertiefen.

**Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 16./17. Dezember 2017 in Köln**